

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

9/1991 Nr. 79 3,-

An unserem Justizwesen
soll das ganze Land genesen



Das geplante Justizmaßnahmengesetz: Großdeutsche Willkür!

über den **DID** 79

INHALT

- 3 Einigkeit, Unrecht und großdeutsche Freiheit
- 7 Großdeutschland macht's möglich: Abwicklung der Demokratie
- 17 Deutsches Recht auf kroatische Selbstbestimmung
- 19 Minderheiten sind Brücken der Völker
- 23 Sammlungsbewegung
- 26 Antifaschisten in Aktion

In letzter Zeit werden die Inlandsmeldungen vom internationalen Geschehen verdrängt. Die Zeit des Friedens scheint vorbei, die Welt ist im Aufruhr. Nach der "Wiedervereinigung" der Golfkrieg, dann der Krieg in Jugoslawien und nun das Auseinanderbrechen der Sowjetunion. Liest man die Zeitung, so trifft es immer nur die anderen: Die ehemaligen Bürger der ehemaligen DDR, Kurden und Iraker am Golf, Serben und Kroaten, die sich nun gegenseitig zerfleischen und die Russen, die das "Joch des Kommunismus" abschütteln.

Die Geschehnisse in den "Fünf Neuen Ländern" haben jedoch längst auf die "Alten Länder" zurückgeschlagen. Daß die Neonazibanden nach ihren ungehinderten und massenwirksamen Auftritten in Dresden und Leipzig nun in nie gekannter Stärke in Bayern auftreten ist nur die sichtbare Spitze des Eisbergs ("**Großdeutschland macht's möglich: Abwicklung der Demokratie**" auf Seite 16). Fast unsichtbar blieb bisher ein "Gesetzentwurf zur Entlastung der Rechtspflege", der angeblich wegen der geringen Anzahl sauberer Richter in der ehemaligen DDR nötig wurde und noch dieses Jahr für die gesamte Republik verabschiedet werden soll. Kernpunkt des Entwurfs ist die Abschaffung des Instanzenwegs für Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung (siehe: "**Einigkeit, Unrecht und großdeutsche Freiheit**" auf Seite 3).

Im letzten DID beschrieben wir die Interessen der BRD am Golfkrieg und die Folgerungen der deutschen Militaristen für eine Ausweitung des Einsatzbereichs der Bundeswehr über NATO-Grenzen hinaus. Der Konflikt im Inneren Jugoslawiens und die "Aufwertung" der KSZE zu einem - auch militärischen - "Friedens"-Stifter, hat den Einsatz der Bundeswehr in fremden Ländern inzwischen wahrscheinlicher gemacht ("**Deutsches Recht auf kroatische Selbstbestimmung**" auf Seite 6). Für solch einen Einsatz braucht die Bundesrepublik nicht angegriffen zu werden, und für solch einen Einsatz braucht die BRD auch erstmals nicht mehr die Rückendeckung des großen Bruders USA. Wäre Jugoslawien noch ein kleiner Brocken, so ist nicht auszudenken, was passiert, wenn das gleiche Verhalten auf die jetzt auseinanderbrechende Sowjetunion angewendet wird: der Marsch nach Osten beginnt wieder.

Ebenso wie das deutsche Eingreifen im Golfkrieg hat die deutsche Unterstützung Sloweniens und Kroatiens eine Vorgeschichte. Seit Jahren hat insbesondere das Land Bayern über die "Arbeitsgemeinschaft Alpenländer" (ARGE ALP) auf die "Freiheitsbestrebung der dortigen Völker" politisch und wirtschaftlich Einfluß genommen (wir berichteten im DID Nr.61 von 1986) und die Voraussetzungen für die jetzige Situation geschaffen. In "**Minderheiten sind Brücken der Völker**" (Seite 19) berichten wir diesmal, wie in Polen und der Sowjetunion "deutsche Brückenköpfe" geschaffen werden.

Es ist nicht so, daß die internationalen Geschehnisse die reaktionäre deutsche Politik überschatten, es ist so, daß die reaktionäre deutsche Politik eine Weltmachtpolitik ist.

Titelblatt::

Montage ASK, nach einer Karikatur von Honoré Daumier. Von links nach rechts: Gauweiler, Schäuble, Berghofer-Weichner, Kohl, Kinkel, Stoiber.

Rückseite:

Bremer SPD-Parteitag, Foto argum
Impressum auf Seite 21

"Reform" des Justizsystems:

Einigkeit, Unrecht und großdeutsche Freiheit!

Die konkreten Vorschläge, wie im neuen Großdeutschland mit dem Volk vor Gericht umgesprungen werden soll, wie Demokratie und die Rechte der Beschuldigten "gestraft" werden sollen, haben in Anwaltskreisen den Namen "Horrorliste" erhalten. Die bay. Justizministerin Berghofer-Weichner

(CSU) hat die Kritik, die von den Rechtsanwälten und allen(!) Richtervereinigungen an dem geplanten Gesetz erhoben wurden, zurückgewiesen: "Es sei ein bißchen verwegen, zu meinen, wir wollen den Rechtsstaat demonstrieren" (SZ, 16.5.91). Wir sind so verwegen!

Traute Eintracht demonstrierten die Länderjustizminister von CDU/CSU und SPD, als sie am 24. April 1991 der Öffentlichkeit ihren Gesetzentwurf "zur Entlastung der Rechtspflege" vorstellten. (Erfreuliche Ausnahme: Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder nahm im Mai die Zustimmung seiner Justizministerin zurück.) Erklärtes Ziel des Entwurfs ist es, den Justizapparat zu "straffen", um damit Kapazitäten für den Aufbau der - durch Berufsverbote stark dezimierten - Justiz in den "neuen Bundesländern" zu gewinnen.

Entrechtung der Asylsuchenden...

Am unverhohledesten wird das Recht in den Vorschlägen zur "Änderung des Asylverfahrensgesetzes" abgebaut. Demnach soll künftig ein Asylbewerber praktisch keine Möglichkeit mehr zur Berufung oder Revision gegen ein ablehnendes Urteil besitzen. Im vergangenen Jahr wurde der Fall des Ansbacher Verwaltungsrichters Vogt bekannt, der sein Urteil gegen einen Asylantrag schon unterzeichnet zu den Akten legte, Tage bevor die Gerichtsverhandlung überhaupt begann.

Geht es nach dem Willen von CDU/CSU und SPD, so können sich solche dienstbeflissenen Richter jeglicher Kontrolle entziehen. Die Folgen dieser Abschaffung der gerichtlichen Überprüfung von Ablehnungs-Urteilen auf die Asylpraxis sind vorhersehbar - die Zahl der "anerkannten" Flüchtlinge sinkt immer weiter. In einer Zeit, in der nicht nur

von der CSU sondern vereint auch von CDU, FDP und SPD verstärkt gegen das Grundrecht auf Asyl Front gemacht wird, bekommt Herr Stoiber Schützenhilfe von den Justizministern. Durch solche Gesetzesänderung (bei gleichzeitig beschlossener verschärfter Abschiebep Praxis seit dem 1. Juli) verliert das Asylrecht, auch ohne Grundgesetzänderung, jeglichen Wert.

... und der gesamten Bevölkerung

Keineswegs richtet sich das neue Gesetz aber "nur" gegen Minderheiten. Im Gegenteil - es ist geprägt durch eine Be-

schneidung der Rechte der großen Mehrheit der Bevölkerung. Am rigorosesten gehen dabei die "Reformer" im Bereich des Strafprozesses vor:

Aburteilung ohne ...

So paradox es klingen mag, in Zukunft muß man froh sein, überhaupt vor Gericht zu kommen. Nach Ansicht der findigen Minister sollen Geldstrafen bis zu 30 Tagessätzen und Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr auf Bewährung im Strafbefehlsverfahren abgewickelt werden, gegen den es praktisch kein Einspruchsrecht mehr gibt. So kann es sein, daß jemandem ein Strafbefehl ins Haus flat-

Es hat in den vergangenen Jahren immer wieder Gesetzesverschärfungen gegeben, die, würden sie angewandt, die bürgerliche Demokratie außer Kraft setzten und faschistische Machthaber ganz legal in die Lage brächten, das Volk politisch rechtlos zu halten. Es handelte sich z.B. um die Verschärfung des § 125, Landfriedensbruch, der das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wirkungslos machen kann. Oder um die "Antiterrorismusgesetze" von 1987, die "Anschläge gegen alle öffentlichen Betriebe" (die Brückenbesetzung durch die Arbeiter von Rheinhausen 1987?!) zu terroristischen Straftaten erheben können, auf die hohe Gefängnisstrafen stehen. Dazu kommen die neuen Polizeiaufgabengesetze der Länder, das "Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und andere Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität" (s. Kasten, S. 6). Es handelt sich auch um die grundgesetzwidrige Verquickung und Vernetzung aller möglichen Dateien, und um neue Rechte für Polizei und Verfassungsschutz, die laut Verfassung nur der Justiz zustehen.

Alle die erwähnten Gesetze sind bisher "Kann"-Bestimmungen, die heute im großen Maßstab noch nicht angewandt werden. Das geplante "Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege" bzw. die "Horrorliste" ist keine "Kann"-Bestimmung. Richter und Staatsanwälte müssen sich daran halten, sollten sie wie geplant im Herbst Gesetz werden.



"Verhältnismäßig billig und auch diskret, ohne Zeitverlust und Aufsehen erledigt"? – Massenproteste in den "neuen Bundesländern"

tert: Ein Jahr Gefängnisstrafe auf Bewährung wg. "fortgesetzten, verfassungswidrigen Einwirkens auf die Bundeswehr". Ein Schreiben mit diesem Inhalt bekam vor drei Jahren der Kriegsgegner Alfons Lukas. Werden die geplanten Änderungen des Justizsystems tatsächlich beschlossen, dann hätte Alfons sich zwar mündlich oder schriftlich zu den Vorwürfen vor einem Richter äußern können, geholfen hätte ihm das aber nicht, denn der Richter ist im Strafbefehlsverfahren an den Antrag des Staatsanwalts gebunden. Alfons ist damals gegen seine Verurteilung in Berufung gegangen und wurde freigesprochen. Angenommen die Sache wäre einige Jahre später passiert und angenommen Alfons hätte sich nicht "bewährt", was bei seiner bedingungslosen Haltung gegen den Krieg nicht auszuschließen ist - so hätte er seinen Richter erst kurz vor seinem nicht mehr abzuwendenden Gefängnisaufenthalt zu sehen bekommen.

Hatten die Justizminister der Länder noch 1982 eine ähnliche "Horrorliste" als "rechtswidrig und völkerrechtlich nicht unbedenklich (nach dem "internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte") verworfen, so versäumen sie 1991 nicht darauf hinzuweisen, daß sie sich einig wissen mit dem Bundesverfassungsgericht. Dies will festgestellt haben, daß das Strafbefehlsverfahren auch dem Beschuldigten zugute kommt, da dessen Straftat "verhältnismäßig billig und auch diskret, ohne Zeitverlust und Aufsehen erledigt" wird. So ist es denn auch nur recht und billig, in Zukunft

noch mehr Fälle ohne Zeitverlust und Aufsehen zu erledigen. Pech gehabt hat nur der, der unschuldig ist.

... und mit Gerichtsverhandlung

Überhaupt scheint das Erledigen "ohne Zeitverlust und Aufsehen" die Leitlinie der Justizminister im Bereich des Strafprozesses zu sein. Nicht nur die Ausschließung von 60% der mutmaßlichen Straftaten von einer gerichtlichen Überprüfung, sondern auch die Bedingungen, unter denen die restlichen 40% behandelt werden sollen, legen diesen Schluß nahe.

Dabei ist die geplante Einschränkung des Beweisantragsrechts des Angeklagten der wohl gravierendste Eingriff in die Bürgerrechte vor Gericht. Werden die Pläne der Minister Gesetz, so wird gerade dieses Recht beschnitten, das es dem

Angeklagten erlaubt, Beweise zu seiner Entlastung vorzubringen, das überhaupt erst die Klärung des Sachverhalts, die "Rechtsfindung" ermöglicht. Der Verteidigung wird es nicht mehr gestattet, während des Verfahrens neue Beweisanträge zu stellen, d.h. sie kann nicht mehr auf neue Sachverhalte reagieren. Ferner soll es dem Gericht erleichtert werden, Anträge wegen "Verschleppungsabsicht" abzulehnen. Und schließlich soll das Beweisantragsrecht gänzlich aufgehoben werden, wenn es sich um im Ausland lebende Zeugen handelt.

Zusätzlich zu diesen Verschärfungen sollen in Zukunft Rechtsmittel des Angeklagten gegen Urteile nur noch stark eingeschränkt bestehen bleiben. Konkret heißt dies, die Abschaffung der Sprungrevision (bei Verfahrensfehlern) und die Dezimierung der Rechtsmittel im Bereich der "Kleinkriminalität". Bei Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren auf Bewährung soll es keinen Anspruch auf Berufung bzw. Revision geben. Und das obwohl die zweite Instanz in der Regel viel "sauberer" arbeitet, sich mehr Zeit nimmt, Sachverhalte zu klären, Urteile umfassender berät, etc.. Dies findet nicht zuletzt seinen Ausdruck darin, daß in ca. 70% der Fälle von "Kleinkriminalität" die zweite Instanz die Urteile zu Gunsten des Angeklagten korrigiert.

Anleihen aus der Nazi-Justiz

So zynisch es klingen mag, was die Effektivität der vorgeschlagenen Maßnah-

Ein Blick in die Statistik: Unter die von den Ministern gezogene Grenze fallen von den rund 500.000 Geldstrafen im Jahr etwa 300.000, von den 108.000 Freiheitsstrafen immerhin 68.000 (Zahlen aus dem Jahr 1989). D.h. künftig sollen rund 60% aller Strafen ohne Gerichtsverhandlung ausgesprochen werden; in 60% der Fälle beschränkt sich der "Rechtsstaat" auf ein Formular mit der Aufschrift "Strafbefehl".

Bei den Hitlerfaschisten abgeschrieben

Aus: Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 1. September 1939

§23 Durch Strafbefehl kann Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten ... festgesetzt werden.

§24 Das Gericht kann einen Beweisantrag ablehnen, wenn es nach seinem freien Ermessen die Erhebung des Beweises zur Erforschung der Wahrheit nicht für erforderlich hält.

Diese Verordnung trägt die Unterschrift des Reichsministers Göring

Aus: Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege vom 24. April 1991

Der Sanktionsrahmen des Strafbefehlsverfahrens soll auf zur Bewährung ausgesetzte Straftaten bis zu einem Jahr erweitert werden.

Beweisanträge, die nach Schluß der Beweisaufnahme gestellt werden, können abgelehnt werden, wenn die Beweiserhebung nach dem pflichtgemäßen Ermessen des Gerichts nicht erforderlich ist...

Auch in der Frage der personellen Besetzung der Gerichte haben sich die Justizminister von Göring leiten lassen. Bisher waren die nächsthöheren Instanzen mit einer größeren Anzahl von Richtern besetzt als die Vorinstanz. Das war notwendig zur sorgfältigen Überprüfung der angefochtenen Entscheidung. Wie 1939 sollen auch im "wiedervereinigten Deutschland" immer mehr Einzelrichter Entscheidungen treffen, die immer weniger überprüfbar und durch Wegfall der Einspruchsmöglichkeiten immer weniger korrigierbar werden.

Ordnung" aufrecht erhalten sollen? Hat die Inbesitznahme der DDR die inneren Widersprüche so zugespitzt, daß sie nur noch mit repressiven Gesetzen unterdrückt werden können? Stellt sich dieser Staat, der gerade auf dem besten Weg ist Weltmacht zu werden und mit seinen expansionistischen Bestrebungen die Konkurrenz zu anderen Staaten verschärft, auf eine neue "Heimatfront" ein?

Was man erkennen kann ist, daß gerade in der ehemaligen DDR so verfahren werden soll, daß - wenn gar nichts mehr geht - zumindest "Ruhe im Land" herrschen muß.

In den "goldenen Zwanzigern", als ebenfalls Arbeitslosigkeit und Not herrschten, waren neun von zehn Angeklagten vor dem Amtsgericht (zuständig für die "kleinen Fische") arbeitslos. In Ostdeutschland hat die wirtschaftliche Not bereits bewirkt, daß sich die Menschen in zunehmendem Maße zur Wehr setzen. Sie sind gezwungen ihre elementaren Bedürfnisse in irgendeiner Weise zu decken.

Sei es, indem sie ihre Not ganz individuell, z.B. durch "kriminelle Delikte" zu lindern suchen (so stieg zwischen 1989 und 1990 die Zahl der angezeigten Diebstähle und Unterschlagungen um über 50% auf 180000) oder sei es durch bewußtes politisches Handeln zur Er-

men betrifft, so können die Minister auf die Erfahrungen der Nazi-Diktatur zurückgreifen. Am 1. September 1939 (am Tag des Überfalls auf Polen!) erließen die Faschisten eine "Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege".

Wem dieser Vergleich zu weit hergeholt oder übertrieben erscheint, den belehren die Justizminister selbst eines Besseren. Sie selbst sind es, die in der Begründung des Entwurfs den Bezug zur Nazi-Justiz herstellen, indem sie Görings Verordnung als Argument aufführen, daß eine Beschränkung des Beweisantragsrechts rechtsstaatlich vertretbar ist. Denn auch "das Reichsgericht hat, als die Verordnung vom 1. September 1939 die Ablehnung von Beweisanträgen schon dann zuließ, wenn die Beweiserhebung nach dem freien Ermessen der Gerichte nicht erforderlich war, versucht, durch erhöhte Anforderungen an die Amtsaufklärungspflicht einen gewissen Ausgleich zu schaffen."

Eigentlich muß man davon ausgehen können, daß ein Landesjustizminister zumindest ansatzweise die deutsche Geschichte kennt, und daher auch die Aufgabe der Justiz während des Faschismus. Wenn die Nazis die Rechte der Bevölke-

rung immer weiter zerschlagen haben, dann nicht, um gleichzeitig einen "gewissen Ausgleich zu schaffen". Die Justiz hatte die Aufgabe - gerade nach dem 1. September 1939 - Ruhe an der "Heimatfront" zu garantieren, die Menschen soweit zu entrechteten, zu demütigen und einzuschüchtern, daß sie trotz Krieg und wirtschaftlicher Not nicht gegen das Regime Widerstand leisteten. Und lediglich in diesem Zusammenhang kann man die Verordnungen Görings verstehen. Die Tatsache, daß gerade die Menschen, die sich der geringsten Vergehen schuldig machen, gegenüber der Justiz am rechtlosesten sind (nur noch Strafbefehl - keine Verhandlung), daß also die "Verbrechen" der kleinen Leute zum Hauptziel der staatlichen Repression werden, gab Aufschluß über die innere Verfassung des faschistischen Deutschlands.

"Rechtsstaat" oder Willkür-Apparat?

Wenn heute Justizminister genau an diesem Punkt die alten Nazi-Vorschläge übernehmen, so drängt sich eine Frage automatisch auf: Braucht der deutsche Staat heute schon wieder Gesetze, die mit der Entrechtung des einzelnen "Recht und

Schon die Erfahrungen, die in 40 Jahren BRD gemacht wurden, zeigen welche Mittel zur politischen Repression dieser Gesetzesentwurf birgt. Unter den juristischen Maßstab der "Kleinkriminalität" fällt ein Gutteil der Delikte, derer Tausende von Oppositionellen angeklagt wurden. Menschen aus dem WAA-Widerstand gleichermaßen wie "Blockierer" aus der Friedensbewegung oder Hausbesetzer. Das geplante Gesetz hätte für diese Menschen bedeutet, daß sie in den meisten Fällen gar keine Möglichkeit mehr besaßen hätten, sich vor Gericht gegen - erwiesenermaßen von Staatsanwaltschaft und Polizei häufig aufgestellte - falsche Anschuldigungen zu wehren. Ein großer Schritt zur Entrechtung der politischen Opposition und der Versuch jedliche Öffentlichkeit auszuschalten

kämpfung besserer Lebensbedingungen, durch Streiks, Demonstrationen, etc..

Eine solche Situation in den Griff zu bekommen, ohne die wirtschaftliche Not lindern zu wollen, nur dafür eignen sich solche Gesetzentwürfe.

Der Maßstab der "Kleinkriminalität", der den Entzug elementarer Rechte vor Gericht mit sich bringt, läßt sich auf den überwiegenden Teil der Vergehen, mit denen sich Menschen zur Wehr setzen, anwenden. Sei es der individuelle Diebstahl oder die Unterschlagung einerseits, der Verstoß gegen das Demonstrationsrecht oder die Nötigung (z.B. bei Betriebsbesetzungen) andererseits.

Der Entwurf der Justizminister soll direkt nach der parlamentarischen Sommerpause Gesetz werden. Diese Eile verstärkt den Eindruck, daß die Straffung des Justizapparats dringend von der Kohl-Regierung gebraucht wird, um dem erwartenden Widerstand der Bevölkerung der ehemaligen DDR gegen die weiteren drastischen Verschlechterungen der Lebensbedingungen entgegenzutreten zu können.

Quo Vadis Germania?

Glaubt man den Protagonisten der Kohl-Regierung, so steht den Menschen in Deutschland eine goldene Zukunft bevor. Die Justizminister der Länder scheinen anderer Meinung zu sein, bauen ihre Maßnahmen doch für eine weitaus kargere Zukunft vor.

Erschreckend ist dabei, daß trotz breiter Kritik selbst SPD-Minister immer noch bereit sind, auf den Fundus des Faschismus zurückzugreifen - obwohl sich mittlerweile drei SPD-Länderregierungen vom Gesetzentwurf distanzieren haben, und auf dem Bremer Parteitag ein Antrag gegen den Entwurf mit großer Mehrheit verabschiedet wurde; daß sie Kritik und Beschlüsse ignorieren und für "Recht und Ordnung" demokratische Rechte der Bevölkerung opfern; daß sie damit Kräften nachgeben, wie der CSU, welche in der Vergangenheit oft genug bewiesen haben, wie schnell Bürgerrechte für sie ihre Grenzen haben.

"Es muß noch wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, gehört zu werden", hat Strauß in der "Sonthofener Rede" Mitte der 70er Jahre über die Akzeptanz seiner rechtsradikalen Vorstellung bezüglich der Demokratie erklärt. Es sinkt gerade wesentlich tiefer, und

wenn solche Gesetze, wie das der Justizminister nicht verhindert werden, werden die Strauß'schen Vorstellungen immer mehr zur Realität. Und wenn es noch

weiter sinkt, so werden sich die Herren in Bonn, wie sie's brauchen, noch weiter bedienen - die faschistische Gesetzgebung birgt noch mehr Vorlagen.

Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung kann auf die Dauer nicht unangetastet bleiben. (Schäuble)

Die Bonner CDU/CSU/FDP-Regierungskoalition hat sich geeinigt. Aus dem bisher vorliegenden Entwurf des Bundesrates für das "Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und andere Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität" (der DID berichtete ausführlich in Nummer 76) soll der sogenannte Lauschangriff gestrichen werden. Auch ein "verdeckter Ermittler" darf sich nicht mit einer Wanze in Wohnungen einschleichen, um dort während seiner Anwesenheit Gespräche aufzuzeichnen.

Pech für den bay. Innenminister Stoiber, der doch gerade die Legalisierung der seit Jahren von der Polizei praktizierten illegalen Abhörrerei in Privatwohnungen als unverzichtbar für den Fortbestand seines Rechtsstaates einforderte.

Auch der Bonner Innenminister Schäuble mußte eine kleine Niederlage einstecken: Die von ihm so vehement geforderte Möglichkeit für verdeckte Ermittler, "milieubedingte Straftaten" begehen zu dürfen (Zuhälterei, Raub, Erpressung, Vergewaltigung, Sprengstoffanschläge?) wurde zwar nicht ausdrücklich verworfen, aber auch nicht ausdrücklich erlaubt. Aber ansonsten können die Herren zufrieden sein:

Erlaubt ist der Einsatz von technischen Aufzeichnungsgeräten verschiedenster Art außerhalb von Privatwohnungen in der Öffentlichkeit. Dazu gehören beispielsweise Nachtsichtgeräte, Infrarotkameras, Peilsender und Bewegungsmelder. Rasterfahndung, die eine Vielzahl unbeteiligter Personen in die Ermittlungen einbezieht, ist in Zukunft ebenfalls legal. Zusammen mit dem verdeckten Ermittler ergeben diese Maßnahmen, die jahrelang unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung nicht durchsetzbar waren, als Kreuzzug gegen den Rauschgifthandel den lückenlosen Überwachungsstaat.

Da es angeblich gegen die Rauschgiftmafia ging, ist es nicht verwunderlich, daß in die Liste der Straftaten, bei denen diese Maßnahmen angewendet werden sollen, erst in letzter Minute die "Bildung terroristischer Vereinigung" nach §129a Strafgesetzbuch aufgenommen wurde.

Und noch ein Schmankerl, das von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet bereits im März von der "ständigen Innenministerkonferenz der Länder" beschlossen wurde. Als Reaktion auf den Mord an dem Treuhandchef Rohwedder wurde eine "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" beschlossen, die polizeiliche, geheimdienstliche und richterliche Erkenntnisse verdeckter Ermittler und systematischer Fahndungsmaßnahmen wirkungsvoll abgleichen und bewerten soll. Schließlich soll den "Sicherheitsbehörden ein Zugangsrecht zu denjenigen Stasi-Unterlagen und Archivmaterialien der ehemaligen DDR, insbesondere der SED" eröffnet werden, um Verbindungen zu terroristischen Vereinigungen zu erforschen.

Verdeckte Ermittler, immer neue und bessere Koordinierungsausschüsse und die geplante Entrechtung der auf diese Weise vor Gericht gezerrten Bürger machen den sogenannten Rechtsstaat zu einem Gnadengeschenk der Stoibers und Schäubles.

Großdeutschland macht's möglich: Abwicklung der Demokratie

"Nach dem Fall der Mauer" werde unterschätzt, "in welchem Ausmaß der Sozialismus die Natur und den Menschen verformt und belastet hat. Diese Hypothek im Denken in den neuen Bundesländern könne zu Aggressivität gegenüber der Politik des Westens führen." (SZ, 15.5.91) Gemäß diesen richtungsweisenden Worten des Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, wird in der ehem. DDR die Demokratie niedergestampft, und zwar in einem Maße, daß sich selbst der über jeden Links-Verdacht erhabene Deutsche Richterbund wundern muß. Sein stellvertretender Vorsitzender Voss meinte, "er sei skeptisch, ob die Überprüfung (von Richtern und Staatsanwälten in Ostdeutschland) in allen Fällen rechtsstaatlichen Kriterien entsprochen habe" (SZ, 20.7.91). Die Richter sind mit Recht skeptisch, denn was in der

ehem. DDR geschieht, ist neu und geht sowohl zahlenmäßig als auch in der politischen Dimension weit über das hinaus, was die Demokraten im Westen an Unrecht gewöhnt sind. Wenn der Justizminister Kinkel fordert, daß auch Rechtsanwälte, also Nicht-Beamte, einer Gesinnungsüberprüfung durch den Staatsschutz unterzogen werden müssen, so wird ein entsprechender Angriff auf die westliche Restdemokratie nicht lange auf sich warten lassen. Das gleiche gilt für die unglaublichen Kampagnen zum Schutz des ungeborenen Lebens vor seinen Müttern. Das gleiche gilt für die Aufwertung reaktionärster Verbände, wie der Burschenschaften, denen erst kürzlich anläßlich der Vergangenheitsbewältigung in Sachen "letzter Ruhe für Preußenkönige" Gelegenheit gegeben wurde, Gesinnung und Outfit in "vollem Wuchs" zu präsentieren.

Öffentlich geduldete Säuberung bei Ost-Beamten

Die vom Berufsverbot bedrohten Demokraten der 60er Jahre haben sich entweder mit dem Feind arrangiert oder versucht, ihren Lebensunterhalt außerhalb staatlicher Einrichtungen zu verdienen. Die nachwachsende Generation konnte offensichtlich soweit vor ideologischer Verseuchung durch linke Lehrer, Briefträger und Lokführer geschützt werden, daß es still wurde um die Berufsverbote in den Geheimdiensten der BRD.

Doch mit der Erringung der Freiheit durch die Helden von Leipzig brachen andere Zeiten an. Obwohl der Hauptfeind, der "Bolschewist", vernichtend geschlagen werden konnte, sei nach den

Worten von Dr. Peter Frisch, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln, die Sicherheitslage selbst in den alten Bundesländern prekärer als je zuvor. Die Spionagebemühungen der Sowjetunion nähmen seit der Wende stark zu. Gerade in den Zeiten der Abrüstung wolle man sehen, "ob sich die andere Seite daran hält".

Auch nehme die Wirtschaftsspionage zu, besonders durch Polen, Bulgarien und die SU. Und nicht zuletzt könne seit der Wende die "linksextremistische Terrorszene" auch in der ehem. DDR agieren, und die Neonazis hätten an Boden gewonnen (Frisch, anläßlich der Eröff-

nung einer Ausstellung zum Thema "Geheimdienste" im Foyer des sächsischen Landtags in Dresden).

Beginnen wir mit der geheimdienstlichen Überwachung der Neonaziszene: Die Bundestagsabgeordnete der PDS/LL Ulla Jelpke erhielt auf eine Anfrage an das Bonner Innenministerium zu den Übergriffen von Neofaschisten an der deutsch-polnischen Grenze die Antwort: "Der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern wie auch sonst gefährdet die freiheitlich demokratische Grundordnung insgesamt nicht." (Der Bundesminister des Inneren in seinem Antwortschreiben vom 29.4.91).

"Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Gesetz verpflichtet, für die innere und äußere Sicherheit des Landes und seiner Bürger zu sorgen."

Aus dem Fragebogen zur "Überprüfung schwer belasteter Lehrer" vom sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst:

"Hatten Sie vor dem 9. November 1989 Mandate oder Funktionen in oder für politische(n) Parteien oder Massenorganisationen (z.B. FDGB, FDJ, DFD, DSF) der ehemaligen DDR inne? ...

Waren Sie vor dem 9. November im beruflichen oder gesellschaftlichen Auftrag außerhalb des Gebietes der ehemaligen DDR tätig? ...

Haben Sie eine andere als allgemeinbildende bzw. berufsausbildende Ausbildung durchlaufen (z.B. Parteischule o.ä.)?"

Nach solchen und ähnlichen Fragen hat der Lehrer zu unterschreiben, daß ihm bekannt ist, "daß das Land Sachsen berechtigt ist, die Beamtenernennung zurückzunehmen bzw. das Arbeitsverhältnis unter Umständen fristlos zu kündigen, wenn die vorstehenden Angaben unvollständig oder unwahr sind."

Deutsche Gründlichkeit

In einem anderen achtseitigen Fragebogen plus achtseitiger "Anleitung zum Ausfüllen der Sicherheitserklärung" des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln werden außer den persönlichen Daten noch die der "Verlobten, Ehegatten oder Personen, mit denen der zu Überprüfende in eheähnlicher Gemeinschaft lebt", sowie die "der Eltern, Stiefeltern, Kinder und Stiefkinder" abgefragt. Es wird nach "Reisen in oder durch Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken" gefragt (Afghanistan, Albanien, Bulgarien, China, Jemen, Kambodscha).

Es wird nach Beziehungen zu verfassungsfeindlichen Organisationen gefragt: "Sind oder waren Sie oder Ihre/Ihr Verlobte(r), oder die Person, mit der Sie in eheähnlicher Gemeinschaft leben, Mitglied einer für verfassungswidrig erklärten oder anderen verfassungsfeindlichen Organisation? Besteht oder bestand eine anderweitige Beziehung zu einer solchen Organisation?"

Der DID druckt diese Fragen ab, damit der Leser selbst beurteilen kann, ob es darum geht, "Stasi-Offiziere" auszumerzen.

Doch kommen wir zur Sache: Es geht nicht um die Neonazis, es geht auch nicht um RAF u.ä. Es geht darum, die Reste jener tatsächlichen und konkretesten Gefahr, die je für den deutschen Imperialismus bestand, nämlich die Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels mit Stumpf und Stiel auszurotten. Denn es handelt sich um Ideen von einer gerechten Welt, in der die Früchte seiner Arbeit der genießt, der dafür malocht hat, und diejenigen das Sagen haben, die arbeiten. Diese Ideen hatten für 45 Jahre soweit geführt, daß der Machtbereich des deutschen Imperialismus durch die Teilung seines Landes empfindlich dezimiert war und ein Drittel der Menschheit für einige Jahrzehnte glaubte, ganz ohne Kapitalisten auskommen zu können.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist nun, herauszufinden, wer von den ehe-

maligen SEDlern immer noch Gedanken von Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit im Kopf hat. Die Gefahr ist real. Viele von denen, die nicht gewendet als Karrieristen bei der CDU oder weiter rechts gelandet sind, machen sich heute Gedanken darüber, was falsch war im real existierenden Sozialismus und wie man es beim nächsten Mal richtig machen muß. Im Grunde kann bei keinem der jahrelang "indoktrinierten" Menschen ausgeschlossen werden, daß sie nach der hoffnungslosen Entwicklung der letzten Monate nicht von einer besseren Zukunft träumen. Gefährlich für das Volk sind mit Sicherheit auch die, die aktiv die "Wende" betrieben haben (Christen, Umweltschützer, Parteilose) und heute keinen Hehl aus ihrer Verärgerung und Rückwärtslosigkeit der westdeutschen "Kolo-

nial"-Herren machen. Sie sind garantiert die nächsten auf der Liste der Geheimdienste (weshalb es mit Sicherheit auch Gruppen wie dem Bündnis 90/Die Grünen nichts nützen wird, die Gesinnungsüberprüfung der Beamten zu begrüßen, bzw. in einem Dringlichkeitsantrag im sächsischen Landtag (Drucksache 1/324 vom 16.4.91) die Ausdehnung des zu überprüfenden Personenkreises zu fordern. Wir empfehlen ihnen als Lektüre das Gedicht B. Brechts "An die Gleichgeschalteten").

Deshalb erstickt die ehem. DDR in Sicherheitsüberprüfungen. Und nicht weil ehemalige Mitglieder der SED Tag und Nacht Erkenntnisse über Abrüstung an die UDSSR weitermelden oder gar Wirtschaftsspionage betreiben, auch nicht wegen irgendwelcher Umtriebe der RAF, (die läßt man ohnehin gerne gewähren, weil sie immer dazu diente, die Befugnisse des Verfassungsschutzes weiter aus- und die Demokratie weiter ab-

Voll ohnmächtigen Zorns

wollten wir uns einen Vergleich zwischen der jetzigen Säuberung in der ehem. DDR und der sogenannten Entnazifizierung in der BRD sparen. Doch eine Information aus der TAZ vom 17.8.91 wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Sie spart uns große Erklärungen: "EX SS-Mann beurteilt Stasi-Psychiatrie"

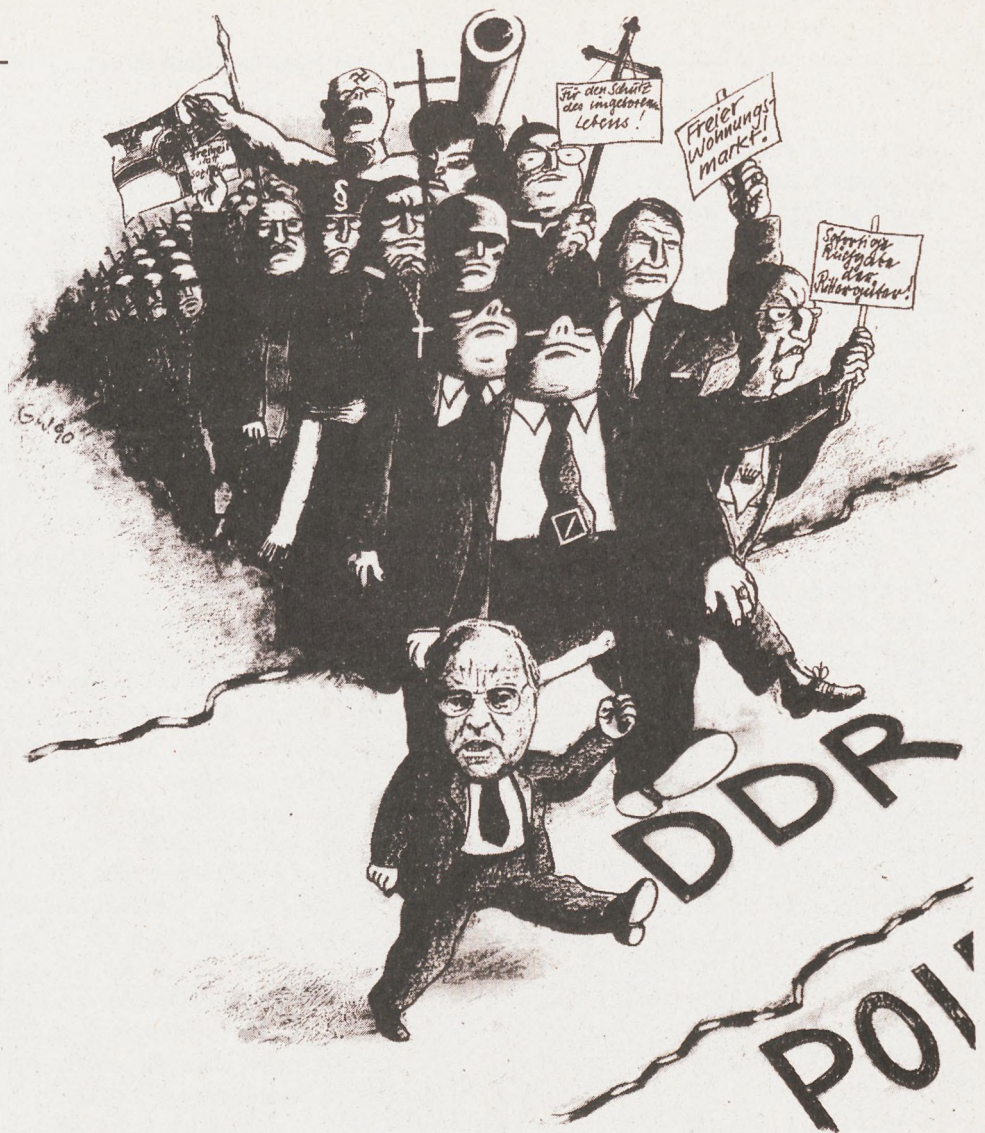
Im Untersuchungsausschuß einer Nervenlinik in Leipzig sitzt Dr. Harrer, Professor in Salzburg, der bereits 1932 Mitglied des NS-Schülerbundes wurde, später in den NS-Studentenbund eintrat und noch vor der Annexion Österreichs der SS beitrug. Als Assistent am Wiener Institut für NS-Hygieneforschung zimmerte er mit am wissenschaftlichen Überbau für die "Vernichtung lebensunwerten Lebens". Nach dem Krieg profilierte er sich als vehementer Befürworter der Elektroschocktherapie. Der Untersuchungsausschuß wurde von der sächsischen Landesregierung eingesetzt.

zubauen). Und auch nicht in erster Linie, um die Schnüffler von der Stasi gegen die vom Verfassungsschutz oder Bundeskriminalamt auszutauschen. Beispielsweise wurden den Lehrern Personalfragebögen vorgelegt wegen "geheimdienstlicher und politischer Aktivitäten". Beispielsweise nennt der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf als Grund für die "Abwicklung" der Universitäten, diese seien "rote Klöster". Auch bei der Überprüfung der Juristen geht es darum, den Grad der "Rotfärbung" festzustellen, und ob "der Bewerber sich im Fall seiner Berufung loyal, dem Geist und den Buchstaben nach, von der Wert- und Rechtsordnung der Bundesrepublik leiten lasse" (SZ, 28.5.91).

Zur Erinnerung: In Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt es: "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse ... seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden". (Soweit uns bekannt ist, gilt das GG auch nach der Einverleibung der DDR noch, auch für ehem. SEDler.)

Während die verfassungswidrige Überprüfung in der BRD Einzelfälle erfaßte, wird in der DDR generalstabsmäßig gesäubert. Man kündigte bereits an, daß allein in Sachsen 7000 Lehrer zu geheimdienstbedingten Sozialhilfeempfängern werden, darunter 2000, die so verfassungsfeindliche Fächer wie Marxismus/Leninismus, Staatsbürgerkunde, Geschichte und Russisch unterrichtet haben.

Wie früher in der BRD werden nun in der ehem. DDR z.B. die Postbeamten überprüft. Sie werden nicht nur nach Zugehörigkeit oder Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit befragt. Nein, es geht um die Funktion und Mitgliedschaft bei politischen Parteien und Massenorganisationen z.B. dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Begründung für diese Fragen: Sie "sollten nähere Erkenntnisse über etwaige Aktivitäten in früheren Jahren verschaffen, die eventuell einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst entgegenstünden." Und schließlich die Frage: "Sind Sie bereit, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland einzutreten und das Grundgesetz sowie die Gesetze zu wahren?" Datum, Unterschrift! Wer sich weigert, wird mit Rausschmiß bedroht. Genauso geht es Lehrern, Richtern und allen anderen Be-



Titel des Demokratischen Informationsdiensts Nr. 76 vom September 1990

amten. Aber damit ist nicht Schluß. Der Bonner Justizminister Kinkel forderte erstmals öffentlich auf dem 46. deutschen Anwaltstag im Mai die "Vergangenheitsüberprüfung" auch von Nicht-Beamten, nämlich aller Ost-Rechtsanwälte, um zu verhindern, daß die deutsche Anwaltschaft zum "Auffangbecken für Stasi-Offiziere und gnadenlose Richter und Staatsanwälte" wird (SZ, 10.5.919). Startschuß für die Gesinnungsprüfung mit folgendem Berufsverbot auch für Nicht-Beamte in der BRD (Rechtsanwälte, gnadenlose Zahnärzte, Landschaftsarchitekten ...)?!

Wer ist ein Verfassungsfeind?

"Erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue bestehen bei früheren Amtsträgern der SED. ... Erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue bestehen bei Dozenten, die hauptamtlich das Fach Marxismus/Leninismus vertreten haben, ... bei

den Mitgliedern der Volkskammer bis zum 3. März 1990. ...

Einer eingehenden Überprüfung bedarf die Verfassungstreue bei den früheren Inhabern herausgehobener Funktionen in Behörden und Wirtschaft sowie in den Massenorganisationen." (Aus einem Schreiben des sächsischen Staatsministeriums der Justiz an die Oberstaatsanwälte und Präsidenten der Bezirksgerichte in Dresden, Chemnitz und Leipzig)

Dem "Sonderausschuß für Amts- und Machtmißbrauch während der SED-Herrschaft" im sächsischen Landtag ging obige Empfehlung offensichtlich noch nicht weit genug. Der Ausschuß legte eine Liste mit insgesamt 52 Berufs- und Funktionsgruppen vor, die "in der Regel vom öffentlichen Dienst auszuschließen sind." Dazu gehörten auch: Hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, Leiter von Altenheimen und medizinischen Einrichtungen, hauptamtliche Kultur- und Sportfunktionäre, Botschaftspersonal, Leiter von Außenhandelsbetrieben ...". Das war

dann doch zuviel des Guten. Die ursprüngliche Absicht, diese Liste zur Beschlußfassung am 23. Mai 1991 im Landtag auf die Tagesordnung zu setzen, wurde fallengelassen. Sie wurde zur nochmaligen Überprüfung an den Sonderausschuß zu-

rückverwiesen. Das sächsische Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten empfiehlt den Landräten die "Versagung des Jagdscheines und der Waffenbesitzkarte für nachfolgenden Personenkreis ..." Außer den Mitarbeitern

des MfS "Sekretären, Abteilungsleitern und Sicherheitsbeauftragten der Bezirks- und Kreisleitungen der SED ... Vorsitzenden und Stellvertretern der Bezirks- und Kreisräte ... Sicherheitsbeauftragten von Kombinat, Betrieben" usw.

"Weg mit dem Kollektivismus!"

Zum Schutz des Volkes vor ideologischer Verseuchung gehört auch die Abwicklung alles dessen, was nach Kollektiv, Solidarität, Gleichheit und Gleichberechtigung riecht.

Besonders schwere Fälle von Kollektivismus sind die ehemaligen Volkseigenen Betriebe (VEB), deren Liquidierung dank der Treuhand relativ reibungslos klappt. Wer die inzwischen vielzitierte Recherche von Klaus Bednarz im Juli in Monitor gesehen hat, weiß, wie das funktioniert. Betriebe, die produktiv und durchaus konkurrenzfähig arbeiten, wie z.B. das fotochemische Kombinat ORWO oder die sächsische Textilfaserindustrie, und deren Belegschaften vernünfti-

ge und anerkannt brauchbare Sanierungskonzepte zur Rettung Ihrer Betriebe vorgelegt, werden gnadenlos geschlossen oder zu günstigsten Bedingungen an West-Geschäftemacher verscheuert, die für nichts Gewähr bieten. Weder für den Erhalt von Arbeitsplätzen, noch dafür, einen kapitalistischen Betrieb solide leiten zu können oder zu wollen. Bei ihnen ist im Gegensatz zu den Belegschaften der ehemaligen VEBs nur eines sicher: Mit Kollektivismus haben sie nichts zu tun!

Ein schier unverdaulicher Brocken sind allerdings die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Der Brandenburgische Landwirtschaftsminister Zimmermann hatte bei seinem Amts-

antritt öffentlich die restlose Vernichtung der kollektiven Landwirtschaft gelobt. Bei den ehemaligen volkseigenen Staatsfarmen funktioniert das relativ einfach. Sie "gehören" wie die VEBs der Treuhand und werden meistbietend mit totem und lebendem Inventar verkauft. Die LPGs aber gehören ihren Mitgliedern. Da kommt die Treuhand nicht ran. Einzelbauern möchten die Mitglieder nur in den seltensten Fällen werden (von 250 Mitgliedern einer etwa 2000 ha großen LPG im Süden Berlins gerade ein einziger). Die LPG-Bauern wissen erstens, daß das enorme Mehrarbeit für sie bedeuten würde und zweitens, daß sie sich mit der Anschaffung von landwirtschaftlichen

Parolen in Neubrandenburg



Maschinen und dem Bau von Höfen mit Scheunen, Ställen usw., die es so gut wie nicht mehr gibt, mit Haut und Haar den Banken ausliefern. Wie wird man nun mit denen fertig, die genau wissen, wie eine unabhängige Landwirtschaft in einer modernen Industriegesellschaft nur funktionieren kann, nämlich als Genossenschaft? Man kauft ihnen einfach nichts mehr ab, kein Fleisch, kein Getreide. Man setzt die Milchquoten herunter und importiert West-Milch. So schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. West-Lebensmittelkonzerne machen das große

Geschäft und die ausgehungerten LPGs entsagen freiwillig dem Kollektivismus.

Medizinischer Notstand

Durch Abwicklung, Entlassung und demütigende Zurückstufung wird auch auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung "todesmutig" die Gefahr der Unterversorgung in Kauf genommen, um die staatlichen, flächendeckenden Polikliniken zu liquidieren. In ihnen arbeiteten Ärzte der verschiedenen Fachrichtungen, außerdem waren Beratungs- und Hilfszentren

für schwangere Frauen, Mütter, chronisch Kranke eingerichtet. Selbst die Süddeutsche Zeitung meinte: Abgesehen von der miserablen technischen Ausstattung, dem manchmal desolaten Zustand der Häuser war es ein funktionierendes Netz medizinischer Versorgung." Doch "als Teil eines staatlich-zentralistischen Gesundheitssystems lehnen die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und andere Ärztevertretungen sowie Bundesgesundheitsministerin Gerda Hasselfeld (CSU) eine Erhaltung der Polikliniken grundsätzlich ab" (SZ, 30.4./1.5.91).

Treuhand privatisiert Demokratie

Während man sich 1956 beim KPD- und FDJ-Verbot noch um ein demokratisches Mäntelchen in Form eines Mehrheitsbeschlusses des Deutschen Bundestags bemühte, scheint man in großdeutschen Kapitalistenkreisen diesen parlamentarischen Firlefanz nicht mehr für nötig zu halten. Die stärkste linke Partei, die PDS, die zu allem Überfluß auch noch in den Parlamenten vertreten ist, wird vom kapitaleigenen Privatisierungsverein fertig gemacht. Man kann sie wegen ihrer gedanklichen und politischen Nähe zu Recht, Freiheit, Solidarität, Gleichheit und ähnlichen Ideen angesichts der politisch und sozialen Zuspitzung im neuen Deutschland nicht gebrauchen.

Die Treuhand bewahrt auf diese Weise den bay. Innenminister Stoiber vor einem Verfassungsbruch, der in seinem neuesten Verfassungsschutzbericht nicht zum ersten Mal feststellt, daß die PDS nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, da diese unter marxistisch-leninistischem Gedankengut litte. Um einem verfassungswidrigen Verbotsantrag durch Stoiber vorzugreifen, hat die Treuhand zunächst einmal der PDS alle, auch die Beitragskonten gesperrt. Das heißt außer der Demütigung, wegen jedem Putzlumpen einen Antrag stellen zu müssen, die Be- oder besser Verhinderung politischer Arbeit der PDS. So "genehmigte" die Treuhand der 200.000 mitgliederstarken PDS ganze 140 hauptamtliche Parteifunktionäre. Der zweite Streich folgte in

Form der Beschlagnahme der Parteizentrale in Berlin, des Karl-Liebknecht-Hauses, auf das die Treuhand nun wirklich keinen Einfluß hat, da es sich um ein Erbstück der KPD handelt, und nicht etwa dem DDR-Volk von der SED "gestohlen" wurde. Und schließlich wurde die einzige sozialistische Tageszeitung unter Treuhandaufsicht gestellt. Ein Treuhandmitarbeiter sollte Geschäftsführer des Verlages werden, in dem das Neue Deutschland erscheint. Eine Viertelmillion Jahressalär nebst Dienstwagen und Hotel sollte die PDS zahlen und in Kauf nehmen, daß über betriebswirtschaftliche Entscheidungen politisch auf das Neue Deutschland Einfluß genommen würde. Wenn dieses Beispiel Schule macht, dürfte es in Zukunft auch in der alten BRD bald einige Parteien, politische Gruppen und ihre Publikationen weniger geben.



"Die Skins machen für uns die Arbeit"

Aufmarsch von 2000 Neonazis in Dresden, Hakenkreuzfahnen, Glatzköpfe, SA-Hemden, die dt. Reichskriegsflagge, Hitlergruß und "Sieg Heil"-Rufe, das alles war aufgeboten, als am 15. Juni ein Führer der Dresdner Faschistenszene beerdigt wurde. Der Marsch war von Oberbürgermeister Herbert Wagner (CDU) ausdrücklich erlaubt und wurde durch 1600 Polizisten geschützt. Man sagt, die SED sei schuld daran, daß die Faschisten in der DDR diesen bedrohlichen Aufschwung erleben. Sie habe die armen Neonazis vier Jahrzehnte lang unter-

drückt, so daß sie jetzt den angestauten Dampf ablassen müssen. Der Vorwurf an die SED, sie habe das rechtsradikale Gedankengut in den Köpfen vieler Bürger nur ignorant übersehen, statt tatsächlich aufzuklären und den Faschismus politisch zu bekämpfen, ist sicher berechtigt. Der Unterschied zu westlichen Machthabern, wie beispielsweise Strauß, ist aber die Tatsache, daß sich die SED der Faschisten niemals bedient hat. Strauß hat mit seiner Maxime zum Umgang mit faschistischen Banden nie hinterm Berg gehalten: "Man muß sich der nationalen

Kräfte bedienen, und seien sie noch so reaktionär. Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein." Der Polizist aus dem Ostteil Berlins, der meinte: "Die Skins machen für uns die Arbeit, wenn sie am Bahnhof die Roma abräumen" (SZ, 16.5.91), hat das Strauß-Zitat mit Sicherheit nicht gekannt und denkt dennoch in dessen Sinn.

Die Aufgabe dieser Hilfstruppen: Seit Durchführung der gewaltsamen Einverleibung der DDR stören und sprengen Neofaschisten vor allem in Sachsen gut organisiert fast jede Veranstaltung der PDS. Sie schlagen Menschen und zerdreschen Mobiliar. Was machen die "seriösen Herrn" in Anzügen und mit weißen Krägen, die Abgeordneten von CDU und CSU in Bonn? Sie schreien im Bundestag die "PDS-Redner mit den immer gleichen Sprüchen nieder" (Riehl-Heyse, Chefredakteur der SZ, 15./16.6.91). Was macht der CDU-Bürgermeister von Dresden, angeblich um "rechtsradikale Ausschreitungen" zu verhindern? Er erlaubt "rechtsradikale Ausschreitungen"! Allerdings mit strengen Auflagen! Verboten waren Fahnen, Flugblätter, Transparente! Unter der Oberaufsicht von zwei Hundertschaften Bundesgrenzschutz konnten über 1000 Polizisten verhindern, daß diese Auflagen eingehalten wurden.

Eine weitere Aufgabe der Hilfstruppen hat der oben bereits zitierte Polizist aus Ost-Berlin umrissen. Es geht um die Drecksarbeit in Sachen Rassismus. Der bay. Umweltminister Gauweiler, der schon wiederholt wegen "rechtsradikalen Gedankenguts" (Hiersemann, SPD) aufgefallen ist, erklärt die Asylpolitik zu einer Frage des "Umweltschutzes", denn die Frage, wieviel Menschen das Land trägt, sei von Biologie und Ökologie bestimmt (AZ, 10.6.91). Während man sich auf Regierungsebene in Bund und Ländern auf "Umweltschutz" nach Art Gauweilers vorbereitet und damit beginnt, ab dem 1. Juli die nicht anerkannten, aber auf Grund der Genfer Konvention geduldeten Flüchtlinge abzuschieben, die meisten von ihnen mit Sicherheit in ein Leben der Angst vor Verfolgung, Gefängnis, Folter und Tod, lösen

Die braune Sauce schwappt zurück. Nach Dresden roten sich 3000 Faschisten am 17.8.91 in Bayreuth zusammen, anläßlich des Todestages des Hitler-Stellvertreter Heß





Hetze in Halle

die Neofaschisten das Problem auf ihre Art: in Dresden warfen sie einen ausländischen Arbeiter aus der Straßenbahn, al-
lenthalben werden Ausländerwohnheime

überfallen, in Göttingen hatte im Mai 1989 ein Funktionär der FAP versucht einen libanesischen Asylbewerber mit dem Auto zu überfahren (SZ, 12.6.91), Im Ju-

ni wurde in Friedrichshafen am Bodensee ein Angolaner von einem Skin erstochen (taz, 17.Juni 91)

Medien: "Sie benehmen sich wirklich wie die Eroberer"

(Elke Olizog, Personalratsvorsitzende beim ehemaligen DDR-Funk)

Vom Bundeskanzler persönlich, grundgesetzwidrig, da dies Ländersache ist, zur Erfüllung des Einigungsvertrages in Sachen "Abwicklung" des Rundfunks der DDR und des DDR-Fernsehfunks ausersehen wurde der ehemalige Strauß-Liebling Rudolf Mühlfenzl. Mit seiner Hilfe wurde der bayrische Rundfunk 1972 der Straußpartei unterworfen. Es gehört zu seinen unbestrittenen Verdiensten, daß auch die übrigen CDU-Landesregierungen nach dem Beispiel Bayerns ihre selbstauferlegte Beschränkung im Umgang mit den öffentlich-rechtlichen Medien fallenließen, sich ihrerseits bei ARD und ZDF breitsteißig in die erste Reihe setzten und die Fernsehanstalten zu Propagandazentralen der herrschenden Parteien umfunktionierten. Jetzt soll

Mühlfenzl für Kohl erledigen, was er einst für Strauß vollbrachte: er soll verhindern, daß die neuen Rundfunk- und Fernsehanstalten so aufgebaut werden, wie es das Rundfunkgesetz und das Bundesverfassungsgericht verlangen, nämlich staats- und parteienfern. Mühlfenzls Helfer kommen heute aus den Büros Friedrich Zimmermanns (Old Schwurhand) und Uwe Barschels. Die "Umschulung" der von Entlassung bedrohten DDR-Funk-Mitarbeiter soll Mühlfenzls Spezi aus der Tabakbranche F. Breidbach übernehmen, der als CDU-Abgeordneter für Kernkraft warb und als PR-Manager fürs Rauchen wirbt.

Das Problem: Bis zum Jahresende soll es laut Einigungsvertrag keine regionalen Sender der alten DDR mehr geben, die sich bei den DDR-Bürgern großer Beliebtheit erfreuen - besonders die jour-

nalistisch-politischen Sendungen, Magazine und Diskussionen, die sich kritisch und sachkundig und bisher parteipolitisch unabhängig mit den speziellen Problemen der DDR-Bürger befassen und auch hin und wieder gegen die Bundesregierung kein Blatt vor den Mund nehmen. Nach einer Infas Umfrage sei beispielsweise der deutsche Fernsehfunk der Sender, der "für die Bewältigung der vielen neuen Probleme die beste Orientierungshilfe leistet."

Wie liquidiert man nun in einer "Demokratie" einen solchen Sender? Durch Massenentlassungen wird der DFF soweit plattgemacht, daß kein vernünftiges Programm mehr zustande kommt. Und um etwaige Querulanten zu verwarnen - in einer Zeit, da jeder um seinen Arbeitsplatz bangt, ein probates Mittel - setzte Mühlfenzl den stellvertretenden Inten-

danten Jörg Hildebrandt vor die Tür. Er hatte sich erlaubt, entgegen der Dienst-anweisung 01 eine öffentliche Erklärung ohne vorherige Absprache mit dem Rundfunkbeauftragten abzugeben. Hildebrandt hatte in dieser Erklärung kritisiert, daß das Umschulungsprogramm Breidbachs eine "vordergründige, nur auf öffentliche Beruhigung bedachte Maßnahme" sei. Obwohl Hildebrandt sich bereit erklärte, sich bei Breidbach zu entschuldigen - allerdings erst, wenn sich herausstellen sollte, daß es sich bei dem eingeleiteten Umschulungsmanagement entgegen seiner Vermutung tatsächlich um eine sinnvolle und für die Mitarbeiter nützliche Maßnahme handele - wurde er fristlos entlassen (Funkreport, 23.5.21). Eine kritische Berichterstattung über die Machenschaften Mühlfenzels im Sender "Freies Berlin" wurde von dessen Intendant Günther von Lojewski "aus übergeordneten medienpolitischen Gründen!" verboten (L. peinlich unterwürfig gegen-

über der Obrigkeit und findig, wenn es um die Diffamierung des politischen Gegners geht, war unter Anleitung Mühlfenzels schon an der Säuberung des BR beteiligt).

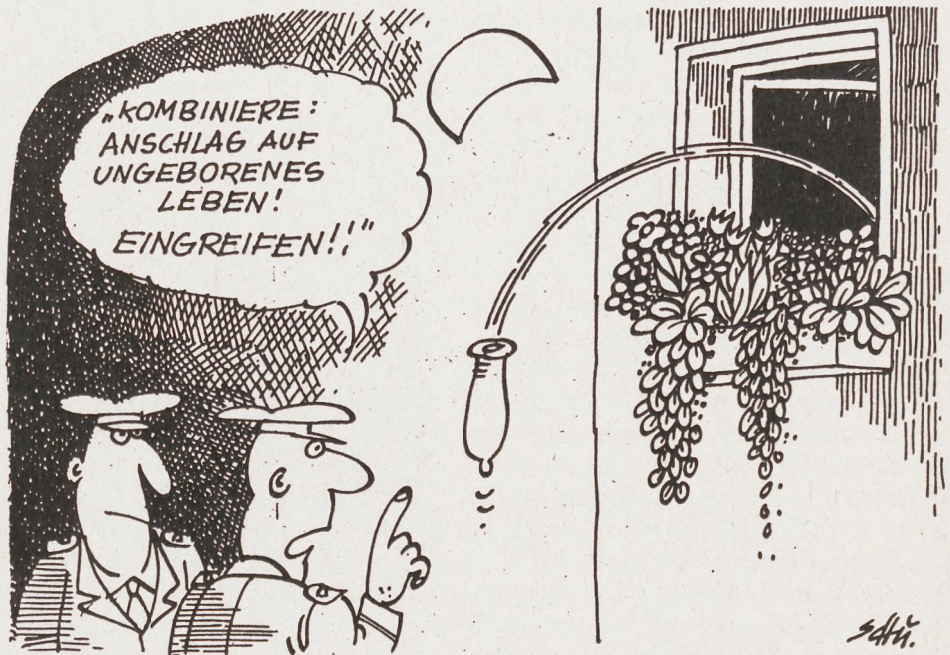
Damit nun die Zuschauer und Hörer im Osten nichts falsches, rotes, grünes oder sonstiges hören, wurde der Rundfunkstaatsvertrag auf den Weg gebracht.

Als der in diesem Juli verabschiedet werden sollte, sah sich die CSU gezwungen abzublocken, denn Bayern konnte sich als einziges Bundesland nicht dazu entschließen, einer Ausweitung des Fernsehrats um Vertreter von Umwelt- und Naturschutzgruppen und einer Korrektur der bisherigen konservativen Stimmenmehrheit zuzustimmen. Dafür ist aber die Personalliste für die neu zu vergebenden Pöstchen schon fast fertig. Osis sind nicht dabei! "Gründungsintendant" des mitteldeutschen Rundfunks ist der parteilose CSU-Freund Udo Reiters. Die Personalvorschläge machte Dr. Gebel, Me-

dienreferent des verstorbenen Barschel. Als "Leiter der Intendanz in Leipzig" hat sich Gebel Gerhard Friedl vom bay. Rundfunk (BR) ausgeguckt. Bodo Hauser vom CDU-freundlichen Studio 1 wird als Stellvertreter gehandelt. CSU-Boetzkes soll "drüben" Hörfunkchef werden. Er hatte sich im BR durch Absetzen satirischer Beiträge und Polit-songs für diesen Job profiliert. Auch die Barschel-Freunde Behnke und Röhl zieht es ins ostdeutsche Medienmekka. Doch damit nicht genug! Sollte es im Fernseh und Hörfunk der ehem. BRD Inseln liberaler Berichterstattung geben, so dürften deren Tage gezählt sein: Wenn das schwarzbraune Biotop erfahrener Parteibuchdiener und Hofberichterstatte nach Westen zurückschwappt. Als eine der größten Rundfunkanstalten wird der mitteldeutsche Rundfunk seine gehörige Position zum ARD-Programm beisteuern.

Die wahre Bestimmung der deutschen Frau...

... ist nicht etwa gleichberechtigte Arbeit und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, sondern die häusliche Sklaverei, wo Frauen - jede für sich allein - die größte, schwerste und abstumpfendste Arbeit zu verrichten haben. Deshalb - und nicht aus Geldmangel - müssen die Kinderkrippen, Kindergärten und Horte der DDR weg (500 000 Plätze sollen bis 30. Juni liquidiert werden). Deshalb konnten sich im Westen, wo Geld genug vorhanden wäre, die Reformer des Jugendhilferechts nicht einmal zu einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchringen (womit der Platz natürlich immer noch nicht sicher wäre.) Es paßt alles zusammen: die Frauen werden als erste in die Arbeitslosigkeit geschickt und haben so natürlich Zeit, selber auf ihre Kinder aufzupassen. Gleichzeitig werden Plätze in Alters- und Pflegeheimen so teuer gemacht, daß die Frauen diese "kommunale" Aufgabe gezwungenermaßen mitübernehmen müssen - unentgeltlich versteht sich. Zur verschärften Ausbeutung der Arbeitskraft der Frauen kommt dann noch die verschärfte Auslastung ihrer Gebärmutter. Die "Lebensschützer" ha-



ben Hochkonjunktur. Eine Kampagne "Für das Leben" oder "Ja zum Kind" jagt die andere. In der ehem. DDR läßt die Bundesfamilienministerin Rönsch, zuständig für Arterhaltung, eine 20seitige, farbige Hochglanzbroschüre verteilen, die die Frauen, die abgetrieben haben

oder abtreiben wollen, das Fürchten lehrt. Mit bunten Bildern von Embryonen in allen Stadien wird ihnen ein schlechtes Gewissen gemacht, auf daß sie sich nicht am deutschen Nachwuchs versündige. Denn die Rönsch-Broschüre weist nach, daß, da dessen Organe und

Statt Streichung Verschärfung von §218:

Die CSU sagt, wo's lang geht

Die CSU hat ihren "Lösungsvorschlag" zur Verschärfung des §218 am 13.7.91 fix und fertig in der "Ansbacher Erklärung" vorgelegt. Bei der CSU gibt es keine Uneinigkeit, keine Debatten über noch offengelassene Durchführungsvorschläge. Die Front steht.

"Vorrang des Lebensschutzes vor dem Selbstbestimmungsrecht" heißt für die CSU die Reduzierung der bisherigen vier Indikationen auf eine medizinische und eine psychosoziale. Bisher galten die eugenische (Erbschäden), kriminologische (Vergewaltigung), medizinische (Gefahr für das Leben der Mutter) und die soziale (unzumutbare Situation für die Frau) Indikation. Erforderlich ist nach Meinung der CSU für die Indikation "eine Notlage, die so schwer wiegt, daß von der Frau die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt und die Notlage nicht auf andere Weise beseitigt werden kann." Wer die Notlage wie zu beurteilen hat, wird in der o.g. Erklärung genau vorgeschrieben: Zwangsberatung vor der Indikationsfeststellung, strikte Trennung von Beratung und Indikationsstellung und Einhaltung einer "hinreichenden Bedenkzeit" (!) zwischen beiden. Außerdem soll die Schwangere in Zukunft "dem Arzt ihre Notlage umfassend darlegen und Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer Darlegung schriftlich versichern". Damit das Beratungsgespräch in alle Zukunft nachprüfbar bleibt, soll der Arzt ebenfalls verpflichtet werden, die Indikationsgründe in einem schriftlichen Bericht festzuhalten. "Die Entscheidung des Arztes muß jedenfalls daraufhin überprüfbar sein, ob die Voraussetzungen einer Indikation offensichtlich nicht vorgelegen haben, die Bewertung des Arztes also eindeutig nicht vertretbar war." Die "Ansbacher Erklärung" liefert hier den Text für zukünftige Strafbefehle an die Ärzte, die eine Abtreibung für vertretbar halten, gleich inclusive. Zwei neue Straftatbestände will die CSU in den neuen §218 aufgenommen wissen: Die Väter, die die schwangeren Frauen in ihrer Notlage "allein lassen und zur Abtreibung drängen", handeln strafwürdig und es gehöre auch unter Strafe gestellt, wenn man einen Arzt "zwecks Erreichung der Indikationsstellung getäuscht hat".

Der Standpunkt von SPD, FDP, PDS, Grünen und CDU

Die SPD fordert die Einführung der Fristenlösung, die einen Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten erlaubt und der Frau das alleinige Entscheidungsrecht darüber zugesteht. Sie soll nicht zur Beratung verpflichtet werden.

Die FDP tritt ebenfalls für eine straffreie Abtreibung bis zum dritten Schwangerschaftsmonat ein, jedoch nur nach vorheriger (Zwangs)beratung.

Die Grünen vertreten derzeit nicht mehr einheitlich die ersatzlose Streichung des §218. Es wird noch um die Frage gestritten, wie die Beratung der Schwangeren gestaltet werden soll und bis zu welchem Monat die Frau das Recht haben soll, die Schwangerschaft abzuberechnen.

Die PDS tritt für die Regelung der ehem. DDR ein, d.h. Fristenlösung bis zum dritten Schwangerschaftsmonat. Die CDU kämpft gegen jegliche Fristenlösung und hält an dem strafrechtlichen Verbot der Abtreibung fest, es sei denn, der Schwangeren wird eine bestimmte Notlage attestiert (Indikationsmodell). Über die genaue Gestaltung des Indikationsmodells herrscht Uneinigkeit. Eine Verschärfung der bisher geltenden Regelung, wie die CSU es möchte, wird z.B. von Familienministerin Rönsch befürwortet. Die letzte Entscheidung über die Notlage sollen die Schwangere und der Arzt "gemeinsam" treffen. Wie das gehen soll, ist im einzelnen noch nicht klar. Natürlich soll es eine Zwangsberatung geben.

Die CSU, die 1974 die Einführung der Fristenregelung - von der SPD als Regierungspartei durchgesetzt - bekämpft und beim Bundesverfassungsgericht erfolgreich dagegen geklagt hat, betreibt auch heute die Klage des Freistaates Bayern beim Bundesverfassungsgericht gegen das Indikationsfeststellungsverfahren und gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen. Sollte eine Fristenlösung zustandekommen, wird die CSU erneut das BVerfG anrufen, um sie wieder zu Fall zu bringen.

Gehirn bereits nach 25 Tagen angelegt sind, der Fötus eine Seele habe, lange bevor Müttern ihre Schwangerschaft überhaupt bemerkt. Rönsch läßt über das "Wunder" schreiben, daß am 28. Tag nach der Zeugung bereits "Armknospen" gebildet werden und die Entwicklung des Greifsystems in Gang kommt, das in enger Verbindung mit dem Begreifen, also mit dem Verstand und der Sprache steht". Wahrlich eine Kindsmörderin, die einen sprechenden, begreifenden 28 Tage alten Fötus abtreibt!

Hinter der "Lebensschützerie" steckt nicht die Liebe zum Kind. Motiv der "Lebensschützer" ist vielmehr eine völkische Ideologie, die Angst vor dem Untergang der Deutschen und die Befürchtung

eines Tages nicht mehr genügend deutsche Jungmänner zur Verfügung zu haben zur Verteidigung - nicht der Heimat, wie sie vorgeben - sondern aktueller denn je zur Verteidigung großdeutschen Wahns. Die berühmte Lebensschützerorganisation, die "Europäische Ärzteaktion" schrieb 1975 einen Brief an alle Bundestagsabgeordneten mit dem Inhalt, die Liberalisierung des §218 werde nicht nur "den Tod von Millionen ungeborener deutscher Kinder der kommenden Generation, sondern den Untergang des Volkes selbst" zur Folge haben. Sie sprechen vom Schutz des "Volksganzen", von einer "biologischen, geistig-moralischen, militärischen und ideologischen Katastrophe" (Wenn schon Tod von "Millio-

nen deutscher Kinder", dann bitte "militärisch", d. Redaktion).

Man scheut sich auch 1991 nicht, abtreibende Frauen als Kindsmörderinnen an den Pranger zu stellen (Generalsekretär Huber, CSU), oder noch schlimmer, Abtreibung mit der planmäßigen Ausrottungspolitik der Hitlerfaschisten zu vergleichen: "Mit Blick auf die Naziverbrechen" müsse "der Schutz - auch des ungeborenen Lebens - in der Verfassung verankert" werden (Ministerpräsident Teufel, Nachfolger Späths in Baden-Württemberg in SZ, 20./21.4.91). Mit dem Recht auf selbstbestimmte Mutterschaft für Frauen aus der DDR soll jedenfalls gründlich aufgeräumt werden.

Post von "Drüben"

Liebe Freunde!

Heute will ich nun endlich auf Euren Brief antworten. Den Entwurf für den DID-Artikel haben wir gelesen. Er trifft das Wesentliche gut. Es herrscht zur Zeit eine eigentümliche Situation: viele sind unzufrieden und noch mehr haben Angst vor der Zukunft. Keiner weiß, wie es weitergeht. Das ist für uns als Menschen der ehemaligen DDR besonders hart, weil wir es nicht gewohnt waren, uns um den nächsten Tag große Sorgen zu machen. Alles war geplant und das meiste war vorausprogrammiert. Es lief in den meisten Fällen, wie man bei uns so sagte, seinen "sozialistischen Gang". Was uns am meisten beschäftigte war die Beschaffung von Dingen, die nicht immer zu haben waren. Nun ist alles umgekehrt: es gibt alles zu kaufen und die Sorge um das tägliche Brot kehrt in viele Familien ein, weil die Arbeitslosigkeit grassiert. Die allermeisten würden lieber arbeiten und nicht laufend das Gefühl eingetrichtert bekommen, sie leben von Geschenken oder Gnadenakten. Es gibt nicht wenig Menschen bei denen die Angst vor der Zukunft gekoppelt ist mit der Vergangenheit. Es sind Tausende, die in Staatsdiensten tätig waren und dafür nun bestraft werden. Lehrer sind natürlich dabei in erster Linie betroffen. Sind sie es doch, die unter jeder Regierung die Interessen der jeweils herrschenden Klasse zu vertreten haben und deren Ideologie in die Schülerhirne zu tragen haben. Bei den Untersuchungen, die jetzt angestellt werden, wird dabei unterschieden, wer "staatsnah" und "staatsfern" tätig war. Es existiert da bereits eine konkrete Liste, wer wo einzuordnen ist. Eine Kommission entscheidet dann über den Verbleib im Schuldienst oder über die Entlassung. Sogar bei den Renten will man bei bestimmten Personengruppen die vorherige Tätigkeit einbeziehen. Da warten wir nun ab, wann und wie man uns eines Tages die Hammelbeine langzieht. Im Schulamt unseres Kreises sitzt ein Scheißstück besonderer Güte. Er war vorher an unserer Schule. Natürlich war er vorher SED-Mitglied, trat dann aber während der "Wende" schnell aus. Als damaliger Mitarbeiter beim Rat des Kreises / Abt. Volksbildung war er eine Zeit von der Kreisleitung der SED als Parteibeauftragter für unsere Parteigruppe eingesetzt. In dieser Eigenschaft nahm er an allen Versammlungen teil, gab seinen Senf hinzu und machte dann die entsprechenden Berichte, wer was gesagt hat. Nachdem der ehemalige Direktor aus Altersgründen den Dienst quittiert hatte, führte M. Brasse auch das Parteilehrjahr an der Schule durch. Nach den Bewertungsmaßstäben müßte er unter die Rubrik "staatsnah" fallen. Doch er wurde vom Schulamt übernommen und spielt sich dort in unglaublicher Weise auf.

Die Empörung darüber ist nicht klein. Doch alle schweigen, weil sie Angst haben. Jeder möchte seine Haut retten. Ab 1.9. wird bei uns der Religionsunterricht eingeführt. Darauf ist die Ministerin besonders stolz, daß nun die Ideen des Mittelalters an den Schulen gelehrt werden. Das ist natürlich keine ideologische Beeinflussung! Auch der Ersatzunterricht dafür ist das nicht. Da war das vorher viel schlimmer, und die das gemacht hatten, müssen natürlich bestraft werden.

Zwei Dinge machen den Menschen besonders zu schaffen. Das sind die Kriminalität und die völlig rechtlosen Zustände auf den Straßen. An Gesetze und Vorschriften halten sich nur noch Blöde und Degenerierte. In kriminelle Delikte sind besonders Jugendliche verwickelt. An erster Stelle rangieren dabei die Altersgruppen zwischen 16 und 18 Jahren. Sogar in unserem Nachbardorf wurde vor einigen Wochen die Poststelle am hellen Nachmittag überfallen. Direkt daneben ist das Bürgermeisteramt, wo zu dieser Zeit eigentlich immer Publikumsverkehr ist. Vorher waren sie bei uns im Dorf. Doch die Postfrau öffnete ihnen nicht, weil es außerhalb der Öffnungszeiten war. Ich will damit nur erklären, daß sich die Kriminalität auf die unterste Ebene verlagert. Nicht wenige Menschen wollen sich bewaffnen, weil sie ganz einfach Angst haben. Es gibt Gemeinden und Städte, dort sind Bestrebungen im Gange, Bürgerwehren zu errichten, die für Ordnung sorgen sollen, weil die Polizei offensichtlich nichts unternehmen will. Doch bei diesen angestrebten Bürgerwehren stehen wohl nationalistische Einstellungen im Vordergrund, denn man will auf "deutsche Art" Ordnung schaffen.

Die Stasi-Legende wird auch ständig am Kochen gehalten. Neuerdings sind es die "Stasi-Nutten", die die Zeitungen füllen. Wenn sich die Leute damit befassen, denken sie doch nicht über die anderen Dinge nach. Und während dieser Zeit können uns die kapitalistischen Haie die Felle über die Ohren ziehen. In den großen Betrieben haben inzwischen die ehemaligen Besitzer ihren Einzug gehalten. Das merkt kaum einer, daß damit die 1946 vollzogene Enteignung bereits rückgängig gemacht wurde. Das wird natürlich auch so nicht in den Zeitungen formuliert. Da wird das als uneigennützige Hilfe dargestellt, um die heruntergewirtschafteten Betriebe wieder arbeitsfähig zu machen. Niemand erfährt, was die Treuhand mit dem Geld aus den Verkäufen macht. So könnte man vieles schreiben. Besser wäre es natürlich, sich darüber zu unterhalten.

Recht herzliche Grüße senden Euch
Ursel und Heinz



Deutsches Recht auf slowenisch- kroatische Selbst- bestimmung

"Falls etwa zwischen zerstrittenen Balkanvölkern Feindseligkeiten ausbrechen, die von den KSZE-Staaten mit Waffeneinsatz geschlichtet werden müßten, dürfe sich das neue Deutschland nicht abseits halten"(Horst Teltschik, damals noch engster Berater von Bundeskanzler Kohl, zitiert nach Spiegel 40/90).

Ein gutes halbes Jahr später wird klar, welche "Balkanvölker" als erste die Ehre haben sollen, von Deutschland befriedet zu werden: Wenn sich die Krise in Jugoslawien weiter zuspitzt, sollten sich die Europäer nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Volker Rühe darauf vorbereiten, "notfalls eine Friedenstruppe aufzustellen und zu entsenden, wenn die Beteiligten dies ausdrücklich wünschen" (SZ 6. 8. 91).

"Denn es ist ja noch nicht so lange her, daß dort deutsche Truppen standen." (Karl Lamers CDU/CSU Bundestagsfraktion in der Augsburger Allgemeinen). Recht hat er, auch wenn es damals keine Friedenstruppen waren und nur die dortigen Faschisten die deutsche Anwesenheit ausdrücklich wünschten.

Anders als beim Golf-Krieg handelt es sich bei der Jugoslawienkrise um einen richtigen europäischen Konflikt, von dem nicht nur ein Otto von Habsburg meint, daß die Amerikaner " nichts davon verstehen und sich da nicht einmischen (sollen)". Die verwirrende Diskussion um die Grundgesetzänderung, deren Notwendigkeit mit der Beteiligung an UN-Friedensmissionen begründet wurde (siehe Artikel "Bundeswehr in alle Welt?" im DID Nr. 78) entpuppt sich immer mehr als Scheindebatte. Es geht nicht um Blauhelme oder um irgendwelche womöglich nur symbolischen "Friedenseinsätze". Das neue Großdeutschland will ohne Beschränkungen in aller Welt militärisch eingreifen können, sei es im Rahmen der NATO, der westeuropäischen Union (WEU) oder alleine auf eigene Rechnung ohne "Einmischung" oder gar Oberkommando der USA oder europäischer Konkurrenten. Auch vom sogenannten "Verteidigungsfall" dessen Eintreten der "Verteidigungsminister" im "Verteidigungsministerium" feststellen muß, und der nach bisherigen Beteuerun-

gen die einzige Rechtfertigung für die Inmarschsetzung der "Verteidigungsarmee" sein sollte wird in diesen Tagen kaum mehr gesprochen oder er wird mit viel Fantasie konstruiert und bis zur unkenntlichkeit umgedeutet. Ein Stoiber z.B. will sich mit solchen Verrenkungen auch nicht mehr lange aufhalten: "Wir können nicht abseits stehen, wenn die EG keine Möglichkeit mehr sieht, als notfalls mit Gewalt die Streithähne auseinanderzuzerren" (SZ 19. 8. 91). Die BRD soll also in Kroatien verteidigt werden.

Jugoslawien ist wirtschaftlich im Würgegriff des IWF-Diktats, mit allen Konsequenzen, die das hat: gallopiierende Inflation, Arbeitslosigkeit, usw. In dieser angespannten Situation brechen alte nationale Rivalitäten und Feindschaften wieder auf. Vereinfacht ausgedrückt geht es um die Verteilung der Ressourcen und Devisen unter den Teilstaaten, der Norden will nicht länger für den armen Süden zahlen.

Einige Zeit herrschte in den deutschen Konzernzentralen noch Uneinig-

keit darüber, was zur Zeit den meisten Profit bringt: ein schwacher jugoslawischer Staat mit immerhin 20 Milliarden DM Auslandsschulden (ein beträchtlicher Teil davon an die BRD) oder ein Zerfall in Kleinstaaten, die gegeneinander aufgezogen sind. In jüngster Zeit beginnt sich anscheinend die zweite Variante durchzusetzen. Die Bundesregierung entdeckt jetzt das Recht auf Selbstbestimmung, ein Recht, das im Falle der Kurden mit massiver Unterstützung der BRD von der Türkei immer noch mit Füßen getreten wird. Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern ist die Bundesregierung mittlerweile dafür die völkerrechtliche Anerkennung Kroatiens und Sloweniens "ernsthaft zu prüfen" (SZ 6. 8. 91). In England oder Frankreich hat man es damit nicht so eilig, zum einen um keinen Präzedenzfall für eigene nationale Minderheiten zu schaffen, zum andern weil man dort den nach einem Verschwinden des jugoslawischen Zentralstaats stärker werden Einfluß Deutschlands auf die übrig bleibenden Teilstaaten fürchtet. Die dann selbstständigen Teilrepubliken, wirtschaftlich ohnehin kaum lebensfähig, werden keine andere Möglichkeit haben als sich noch enger und bedingungsloser an die EG und vor allem an Deutschland anzulehnen.

"1965 fand in Jugoslawien eine Wirtschaftsreform statt, die es ausländischen Kapitalgesellschaften erlaubte, in Form von "gemischten Gesellschaften" zu investieren. Voraussetzung: Die Aktienmehrheit (51%) bleibt in jugoslawischen Händen. Damit begann die wirtschaftliche Unterwanderung Sloweniens und Kroatiens, durch das deutsche Kapital: Daimler-Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz, Bayer-Leverkusen, Thyssen, Hoechst, Volkswagen - um die Wichtigsten zu nennen - verschafften sich ein festes Standbein. Die meisten dieser Firmen zählen zum Imperium der Deutschen Bank.

... Noch versucht die Zentralregierung sich dem Totalzugriff der Banken entgegenzustellen. Versuche die Deviseneinnahmen des Staates zentral zu verplanen und somit auch der Auslandsverschuldung zu begegnen, sind an den zwei Arge-Alp-Adria-Teilrepubliken Slowenien und Kroatien gescheitert. Sie wollen bei der bisherigen Regelung bleiben, wonach die Betriebe über 40% der eingenommen Devisen selbst verfügen können. Diese

zwei von insgesamt acht Teilrepubliken Jugoslawiens sind mit 60% am jugoslawischen Export in die Länder mit frei konvertibler Währung beteiligt und wickeln fast 88 % des Auslandstouristengeschäfts ab. Es findet eine langsame aber stetige Verlagerung der Macht von der Zentralregierung auf die Teilrepubliken statt. Wenn man jetzt noch weiß, daß die BRD mit 11,1 % Beteiligung am jugoslawischen Außenhandel größter Partner Jugoslawiens ist, dann versteht man auch das besondere Interesse von Strauß, spricht der Arge-Alp, an den wirtschaftlich interessanten Regionen Slowenien und Kroatien. "

Dieser Artikel erschien bereits vor über fünf Jahren im DID Nr. 61 im April 1986. Der Artikel befaßte sich mit der o.a. Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) und der Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria (Arge Alp Adria). Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaften sind einzelne Bundesländer der Staaten BRD, Schweiz, Österreich, Jugoslawien, Italien. Schon damals wurde mit Hilfe der Arge Alp versucht, Slowenien und Kroatien ökonomisch vom jugoslawischen Staat abzukoppeln. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die in diesem Artikel gemachten Aussagen leider nichts an Aktualität eingebüßt haben und die reaktionären Kräfte in Deutschland der Verwirklichung ihrer Ziele ein gutes Stück näher gekommen sind.

Anhand dieses Beispiels kann man sich gut vorstellen, daß das ganze Gerede vom "Verantwortung übernehmen" und "mitgestalten der neuen Weltordnung" durchaus wörtlich zu nehmen ist und nicht auf irgendeine ferne Zukunft gerichtet ist.

Bundeswehr schafft Fakten

In der Bundeswehr wird so getan, als ob die rechtlichen Schranken für weltweite Militäreinsätze schon gefallen wären. Durch Beschaffungswünsche und organisatorische Planungen sollen Fakten geschaffen werden. "Inspekteur Henning von Ondarza richtet bereits zwei Divisionsstäbe für "taktisch operative Sonderaufgaben" ein. Sie sollen "luftbewegliche" Kampftruppen und Spezialeinheiten zu Eingreifverbänden zusammenstellen, die auch für Aktionen außerhalb des Nato-Gebiets geeignet sind. ... So wünscht die Marineführung für das Jahr 2005 statt der heutigen 14 Großkampfschiffe

neuerdings 16 bis 20 Fregatten für Einsätze "in weit auseinanderliegenden Seegebieten". ... Um Kampffjets und Jagdflugzeuge schnell und ohne Zwischenlandungen an die Peripherie des Nato-Bündnisses zu bringen, müssen jetzt plötzlich Tankflugzeuge her." (Spiegel Nr. 29 / 1991). Wer jemals das Gefasel von der friedlicher werdenden Welt und von der daraus folgenden Abrüstung geglaubt hat wird jetzt eines besseren belehrt. Von Abrüstung kann keine Rede sein, bei steigendem Rüstungsetat wird fleißig umgerüstet. Gerade nach dem Auseinanderbrechen des Ostblocks sollen konventionelle Kriege wieder führbar gemacht werden.

Rassistische Erklärung

"Diese Wahnsinnigen, sie bringen sich tatsächlich um", titelte die Münchner Abendzeitung zu Beginn der Auseinandersetzungen in Slowenien. Wahnsinnige, Irre, denen das gegenseitige Abschlachten praktisch im Blut liegt, primitive "Balkanvölker", die nur durch die zivilisierten, moralisch höher stehenden Deutschen an ihrem selbstzerstörerischen Tun gehindert werden können, so stellt sich die Lage nach diesem rassistisch gefärbten Weltbild dar. Kaum noch ein Wort darüber, daß die Gründe für diesen "pathologischen" Haß direkt mit der deutschen Vergangenheit zusammenhängen, mit dem bestialischen Wüten der deutschen Besatzungstruppen während des zweiten Weltkriegs und den unter deutscher Schirmherrschaft begangenen Verbrechen der kroatischen Ustascha-Faschisten, denen hunderttausende von Menschen - Serben wie Kroaten - zum Opfer fielen. Daß es der jugoslawischen Partisanenarmee unter Führung Titos dennoch unter großen Opfern gelang, mit den einheimischen Faschisten fertig zu werden und die deutschen Besatzer aus dem Land zu jagen, haben ihr manche hierzulande anscheinend noch nicht verziehen. Und noch ein Land findet keine Ruhe vor "deutscher Verantwortung" und Fürsorge: Die zugespitzte Lage in der Sowjetunion nach dem gescheiterten Putsch kann einige selbsternannte "Friedensstifter" bald auf die Idee bringen, sich auch dort für die Niederlage im zweiten Weltkrieg mit einer deutschen "Friedenstruppe" zu rächen.

Minderheiten sind Brücken der Völker ^(*)

Über den deutsch-polnischen Vertrag und was über die "Brücken" transportiert wird.

Aktuell zeigt die Entwicklung Jugoslawiens, welche Sprengkraft nationale Minderheiten in einem ökonomisch zerrütteten Land darstellen können. Im Zeichen der wirtschaftlichen Turbulenzen in der Sowjetunion und den Ländern des ehemaligen "Ostblocks" erlangen die deutschen Minderheiten zunehmend Rechte und Einfluß.

Der deutsch-polnische Vertrag ...

Das "Ringens um die Heimat hat erst jetzt begonnen" titulierte der "Volksbote" einen Artikel über das letzte Schlesiertreffen in Nürnberg. Der mit Polen abgeschlossene Grenzvertrag provoziert die rechten Durchhalteparolen. "Verzicht ist Verrat - Schlesien bleibt unser" kreiste als Flugzeugtransparent am Tag der Vertragsunterzeichnung über der alten Hauptstadt Bonn. "Unsere Situation ist ernst und schwierig, aber eben deshalb müssen wir uns zusammenraufen, um die Verwirklichung des Rechtes auf Heimat nicht preiszugeben.... Dem wachsenden Selbstbewußtsein unserer Deutschen in ihrer Heimat ist es aber zu verdanken, daß die polnische Regierung die Lüge, daß wir nicht existieren, aufgegeben hat und wir heute als eine deutsche Volksgruppe öffentlich anerkannt sind." (Volksbote) Die Anerkennung der polnischen Westgrenze bedeutet für die Vertriebenenverbänden den Verrat an der Heimat. 46 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Grenze an Oder und Neiße völkerrechtlich anerkannt. Eine Zeitlang schien es, als hätte Bonn zum Preis für die Einverleibung der ehemaligen DDR die "ehemaligen deutschen Ostgebiete" aufgegeben. (Ob diese Gebiete ehemals deutsch oder anders waren, hängt - nebenbei bemerkt - lediglich an der genauen zeitlichen Definition des Wörtchens "ehema-

lig"). Die alten Revanchistenverbände schienen geschlagen, ein Hauch von Völkerverständigung lag trügerisch über Deutschland. Dieser Verdacht brachte die CSU auf die Barrikade: Genscher sei voreilig gewesen, der Vertrag schlecht ausgearbeitet, die Rechte der deutschen Minderheiten nicht genau fixiert, usw.; so beschloß die CSU Anfang Mai den Vertrag, der am 17. Juni 1991 unterzeichnet wurde. Die Forderungen auf Nachbesserung des Vertrags machten klar, daß mit diesem Vertrag der Kampf um die "ehemaligen deutschen Ostgebiete" nicht beendet war, sondern, wie es der Schrei-

ber im "Volksbote" behauptet, erst anfängt. Der "Deutsch-Polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit", der im Artikel 2 die nationalen Minderheiten als "natürliche Brücke" zwischen den Völkern bezeichnet hat, enthält, so sieht es der Volksboten-Schreiber, auch etwas Gutes: die Anerkennung der Deutschen als Volksgruppe in Polen. Von der Integration, die die Bundesrepublik von allen "Ausländern" in der BRD fordert, sind die Deutschen in Polen nun vertraglich ausgenommen. Sie sind in Polen nicht mehr gleichberechtigt zu anderen Nationalitäten, sondern erhalten einen Sonderstatus. Der Vertrag legt ausdrücklich fest, daß es der deutschen Volksgruppe in Polen erlaubt wird, nicht nur ihre Kultur und Sprache zu pflegen, sondern auch, daß der Gebrauch der deutschen Sprache "bei Behörden zu gewährleisten ist" (Artikel 21), daß "deutschen Bürgern eine Niederlassung in der Republik Polen zu erleichtern" ist (zugehöriger Briefwechsel) und daß sie Organisationen bilden dürfen, die in "internationalen nichtstaatlichen Organisationen" mitarbeiten dürfen (Artikel 20). Schlesier aller Länder vereinigt euch! Die "Brücke" nationale Minderheit bekommt mit diesem Hintergrund eine neue Aufgabe. Sie ist keine Brücke der Völkerverständigung, sondern eine Brücke für den Einfluß deutscher Interessen in die Republik Polen. Für die nächste offe-



Schlesiertreffen 1990 in Essen

(*) Aus dem Artikel 2 des Deutsch-Polnischen Vertrags.

ne Wunde wurde im Vertrag bereits gesorgt, indem die Frage "wem gehört Polen" explizit verhandelt wurde. Zitat aus dem Briefwechsel der Außenminister: "Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit ... Vermögensfragen."

... und die Schlesier

Die Zahl der "Deutschen" in Osteuropa ist heute nicht exakt zu beziffern. Auf "etwa drei Millionen" schätzte sie kürzlich die Süddeutsche Zeitung. Der Trend ist auf jeden Fall steigend, weil es wieder vorteilhaft ist, Deutscher zu sein. Deutsch sein ist keine Schande mehr und schon formieren sich - wie aus dem Winterschlaf erwacht - die deutschen Volksgruppen, Mann für Mann. 100 000 Oberschlesier haben sich bis heute deutsche Pässe besorgt. "Nächstes Jahr wird es in Oberschlesien nicht über eine halbe Million deutschstämmige Polen geben, sondern über eine halbe Million deutsche Staatsbürger. Völkerrechtlich bedeutet das nichts. Aber politisch. Auf den Antragsformularen wird auch gefragt: 'Wann

haben Sie Deutschland verlassen?'. Die meisten Antragsteller tragen dort ein: 'Nie'." (SPIEGEL 24/91) Daß die Schlesier den seit 1945 anhaltenden Winterschlaf lebend überstanden haben ist das große "Verdienst" der Vertriebenenverbände. Über zwei Generationen haben sie es geschafft, daß die Menschen sich nicht "assimiliert" haben, daß sie immer noch glauben, es gibt einen rassisch bedingten Unterschied, der es nötig macht, daß Deutsche deutsch heiraten, deutsch reden, deutsche Trachten tragen und deutsche Pfarrer haben. In langen Jahren der "Unterdrückung" ist dieses "Bewußtsein" - staatlich gefördert als "kulturelle Unterstützung deutscher Minderheiten" - zentrale Aufgabe der Vertriebenenverbände gewesen. In einer rassistischen Welt wird dann so etwas Harmloses wie "eine Lautfibel für Vorschulkinder" zur unverzichtbaren Waffe gegen die "Vermischung" der Völker. Denn in einem Land ohne deutsche Schulen kann auf Dauer keine deutsche Identität erhalten bleiben.

Dank des neuen deutsch-polnischen Vertragswerks sind die Schlesier dieser

Niederungen des Kampfs entwachsen. Deutsche Schulen, deutsche Radiosender (Radio Kattowitz), deutscher Annaberg - alles kein Problem mehr. Selbst deutsche Kriegerdenkmale "Gott mit uns für Volk und Vaterland" (SPIEGEL) entstehen neu. Deutsche "Kulturarbeit" muß nicht mehr verdeckt durchgeführt werden. Dies sieht der bayerische Sozialminister Glück inzwischen in seinem Zuständigkeitsbereich. Er will die Minderheitenrechte der Deutschen in Polen mit Büchern und Lehrern aus Bayern absichern. (SZ 29.1.91) Dabei ist der korrekte Gebrauch der deutschen Sprache an sich nichts Verhängnisvolles. Der Inhalt der Rede ist das Problem. Und wenn der SPIEGEL schreibt, daß in den deutschen Kulturzentren Polens die deutsche Karte von 1937 hängt, dann ist die direkte Verwandtschaft zu den bayerischen Schulbüchern gegeben.

Die Vertriebenenverbände gehen einen Schritt weiter. Für die nächsten Etappenziele ließen sie sich von den im "Minderheitenrecht" erfahrenen deutsch-italienischen Südtirolern beraten. Laut



Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 19.5.91 in Düsseldorf.



Deutschlandtreffen der Schlesier am 17.7.91 in Nürnberg

„Volkszeitung“ vom 14.6.91 hält der „Abteilungsleiter der autonomen Provinz Bozen“ die Minderheitenregelung im Vertrag für völlig unzureichend. Als wesentlich bemerkte er, daß eine rechtliche Gleichstellung der Deutschen nicht ausreiche, weil ein wirksamer Minderheitenschutz nicht möglich sei, wenn man Ungleiches gleich behandle. Sonderrechte für die Deutschen, wie z.B. deutsche Selbstverwaltungen, seien gut begründbar, weil: *„Nur die Deutschen in Polen leben in ihrer angestammten Heimat“*.

Nachdem den Deutschen in Polen weitgehende kulturelle und politische Freizügigkeit eingeräumt wurde, sind die Folgeforderungen inzwischen bekannt. Die Vertriebenenverbände fordern, daß den in der BRD lebenden, ehemaligen Polendeutschen ihr alter Besitz zurückgegeben wird. Diese Forderung wird von der CSU weitgehend unterstützt. Die CSU will den Sonderstatus der Deutschen in Polen dadurch erreichen, daß ihnen nicht nur die EG-übliche Niederlassungsfreiheit eingeräumt wird, sondern die „Vertriebenen“ und deren Kindeskindern schon vor einer EG-Annäherung Polens ein „Rückkehrrecht“ (SZ 14.6.91) erhalten. Mit der Forderung nach einer doppelten Staatsbürgerschaft(!) will die CSU die

Rückkehr der „Vertriebenen“ beschleunigen. Und dann können - so formulierte es Hupka - *„die Deutschen dieses heruntergekommene Polen wiederaufbauen“* (taz 26.3.91).

Die taz vom 19.7.91 berichtet, daß sich auch andere am „Wiederaufbau“ beteiligen. So will der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe eine „Euroregion dies- und jenseits der Oder“ mit deutsch-polnischer Entwicklungsbank und Europa-Universität. Als „Völkerbrücken“ plant er neue Übergänge, Eisenbahntrassen, Brücken und Fähren über die Oder. Den Haken der Geschichte bemerkte auch die taz: „Doch was nützen die schönsten Übergänge, wenn deutsche Neonazis und Skins den Polen einen bitteren Empfang bereiten?“. Eine Gleichberechtigung der Staaten BRD und Polen hat der deutsch-polnische Vertrag nicht im Sinn. Das besondere Rückkehrrecht für deutsche Revanchisten kommt sicher, ein allgemeines Niederlassungs-

recht für Polen in der BRD wohl nie. Im Gegenteil ist es so, daß es seit neuestem zwar eine Arbeitserlaubnis für Polen in der BRD gibt, diese aber auf drei Monate befristet ist, um den Gedanken an einen längeren Aufenthalt gar nicht aufkommen zu lassen. Arbeitssklaven für die Industrie in der BRD sollen die Polen sein. Das gleiche blüht ihnen in ihrer Heimat, wenn sie die deutsche Herrenrasse Polen wieder aufbauen lassen. Schönes Zusammenwirken von deutscher Industrie, deutschem Gesetz, deutschen Politikern, deutschen Neonazis und deutschen „Vertriebenen“.

Herausgeber:

Antifaschistisches
SKOMITEE
stoppt die
schwarzbraune
sammelbewegung

früher Anti-Strauß-Komitee
c/o Annette Schorb, Kapuzinerstr. 52, 8 Mü 5
Postgironkonto München: 1308 56-804
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Christian Lehsten, Zenettistr. 45a, 8 Mü 2
Eigendruck im Selbstverlag

Autonomes deutsches Königsberg

Wir berichteten bereits im DID Nr.73 vom revanchistischen Steckenpferd des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Christians, der es sich zum Ziel gesteckt hat, aus dem ehemaligen Königsberg (derzeit Kaliningrad) wieder eine deutsche Stadt zu machen. Seit Jahren verhandelt er mit der Sowjetunion über die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone um diese Stadt und die Ansiedlung von "vertriebenen Rußlanddeutschen". Der Vertriebenenverband hat die dazu passende "kulturelle" Aktion zum Wiederaufbau des Doms in der Kampagne "Hilfe für das Baltikum" und die Süddeutsche kann berichten, daß bereits 4000 "Sowjetdeutsche" in das Gebiet gezogen sind und eine evangelisch-lutherische Kirchengemeinde neuerdings wieder offiziell zugelassen ist (SZ 5.4.91). Der "Volksbote" vom 16.8.91 meldet bereits 13000 Deutsche im Königsberger Gebiet und berichtet, daß der Oberste Sowjet der Russischen Republik der Schaffung einer Freihandelszone bereits zugestimmt hat. Derweilen hat die Deutsche Bundesbahn die seit 1945 still gelegte Verbindung Berlin-Königsberg wieder aufgenommen. Mit dem ersten Sonderzug wurden 200 Touristen nach Kaliningrad gebracht. Viele von ihnen waren frühere Bewohner der Stadt. (SZ 18.8.91) Die Sache macht wohl so gute Fortschritte, daß Bundestagspräsidentin Süßmuth "die Existenz eines deutschen 'Geheimvertrags' mit der Sowjetunion, demzufolge angeblich Rußland-Deutsche in das Gebiet von Königsberg, des heutigen Kaliningrad, umgesiedelt werden sollen" (SZ 6.3.91) dementieren mußte.

Autonome deutsche Wolgarepublik

In der Sowjetunion hatte die deutsche Minderheit bislang einen schlechten Stand. Der "Volksbote" berichtet, daß nur noch etwa 48 Prozent der "Rußlanddeutschen" Deutsch als ihre Muttersprache bezeichnen. Dieser Prozentsatz verringerte sich Jahr für Jahr um ein Prozent. Noch schwerer wiegt aus Sicht der Vertriebenenverbände, daß bereits 70 Prozent der Ehen Mischehen sind. Ursache für diese hohe Zahl von Mischehen sei das Fehlen eines deutschen Ballungsgebiets. Konsequenz: eine autonome deutsche Wolgarepublik als Zuchtgehege deutscher Rasse. Seit der neuen Westöffnung der Sowjetunion ist der revanchistische Traum "deutsche Wolgarepublik" in greifbare Nähe gerückt. Die Betreiber dieser Wolgarepublik sammeln sich in der Sowjetunion um die 1989 von Heinrich Groth gegründete "Gesellschaft für Wiedergeburt". In der Bundesrepublik hat sich neben den Vertriebenenverbänden natürlich die CSU zu einem Fürsprecher der autonomen Deutschen gemacht. Stoiber schätzt die Anzahl der "Sowjetdeutschen" auf etwa zwei Millionen und warnt auch die Sowjetunion davor, daß ein großer Teil auswandern werde, wenn es keine "territoriale Autonomie" gebe. (taz 9.4.91) Nach Aussagen des Beauftragten für Aussiedlerfragen im Innenministerium, Waffenschmidt, wird der Oberste Sowjet noch in diesem Jahr über eine Gesetzesvorlage zur Wolgarepublik

beschließen. Diese Republik habe etwa die Größe der ehemaligen DDR. Bereits im Juni seien im Altai-Gebiet, wo 130000 Deutsche lebten, erste Landkreise mit deutscher Selbstverwaltung genehmigt worden. Etwa 100 Millionen Mark gibt die BRD für deutsche Begegnungs- und Kulturstätten in der Sowjetunion aus. (SZ 10.7.91)

Derzeit prominentester russischer Kämpfer für die Wolgarepublik ist Präsident Boris Jelzin. Dieser stellte fest, daß der größte Widerstand gegen eine deutsche Wolgarepublik von der dortigen russischen Bevölkerung ausgehe: "Alle örtlichen Führer haben sich gegen die Autonomie der Deutschen ausgesprochen. Wir müssen gegen sie (die örtliche Führer) kämpfen." (Jelzin nach SZ 19.8.91) Der neue "Freiheitsheld" Rußlands hat damit deutlich gemacht, wie er mit seinem Volk umspringen wird, die Vertreibung kündigt sich bereits an.



Auch der neue russische Volksheld Jelzin ist ein Anhänger einer autonomen deutschen Wolgarepublik, selbst wenn er sein Volk erst noch "überzeugen" muß, den Platz dort zu räumen.

Energie-Binnenmarkt bis Sibirien

In der EG wurde vom niederländischen Premierminister Lubbers ein Entwurf für eine "Europäische Energiecharta" vorgelegt. Darin wird die Verwirklichung eines großen europäischen Energiemarktes vorgeschlagen. Die taz vom 15.7.91 schreibt: "Die Grundidee, die sich hinter diesem gigantischen Plan zur Internationalisierung des gesamteuropäischen Energiemarkts verbirgt, ist denkbar einfach: Westeuropa verfügt über das technische Know-how, das nötige Kleingeld und die größten Energieabsatzmärkte, Osteuropa - insbesondere die Sowjetunion - über die weltweit größten Rohstoffressourcen." Das alte Spiel des Streits, wer sie ausbeuten darf, hat wieder begonnen. Vielleicht werden auch diesmal die deutschen Minderheiten wieder einige Figuren in diesem mörderischen Spiel abgeben.

Nachrichten aus der Sammlungsbewegung

Neuer Osten: Rechtsradikale bleiben unbehelligt

In Schwerin wohnen in einem Lehrlingswohnheim 150 Flüchtlinge, die Asyl beantragt haben. Als Skins und einige der Lehrlinge die Flüchtlinge überfielen, kam - was im neuen Osten eher die Ausnahme als die Regel sein dürfte - die Polizei. Zwei Mann hoch rückten sie an und wurden prompt mit einem Steinhagel empfangen - da zogen sie wieder ab, um Verstärkung zu holen. Als diese eintraf waren die Täter verschwunden, die Unterkünfte der Flüchtlinge verwüstet, unbewohnbar. Verletzt wurde niemand - glücklicherweise. In Dresden bewiesen Skins Ende März, daß sie nicht nur in der Lage sind, Wohnungen von Auslän-

dern zu zerstören, sondern sie auch kaltblütig ermorden: der Mosambiquaner Jorge Gomondai wurde mitten in Dresden aus einer fahrenden Straßenbahn gestoßen - und starb.

Ebenfalls in Schwerin sollte Anfang Juni ein Punkkonzert stattfinden. Rechtsradikale drohten an, sie würden "alles plattmachen". In dem Bewußtsein, daß Skins keine Witze machen und daß auch die Polizei sie nicht von ihren Plänen abbringen würde, sagten die Veranstalter das Konzert ab. Die faschistische Bande versammelte sich trotzdem und zog zu einem besetzten Haus, in dem sich 44 Punks verschanzt hatten. Da nun, wenn

Punks ein Haus besetzen, die Polizei nie weit weg ist, konnte sie ausnahmsweise und mit einer genügenden Anzahl Polizisten die Auseinandersetzung verhindern. Das Haus räumte sie am nächsten Tag. Die Bereitschaftspolizei Hamburg war zur Unterstützung angereist. Es ist also nicht das Problem mangelnder Ausrüstung, wie gern und oft behauptet wird, wenn über die "Machtlosigkeit" der ostdeutschen Polizei lamentiert wird. Das Zeug läßt sich beschaffen, ist es doch im Westen massenhaft vorhanden, manchmal holen sie sich's ja auch, aber nicht für jeden. Die Devise: Wanne gegen Punks, Streifenwagen für Skins.

Wildes Deutschland – Nach 46 Jahren wird die Notwendigkeit, politisch Verfolgte zu entschädigen, doch noch entdeckt

In einem Land, in dem ein Zwangsarbeiter der NS-Diktatur keinen einklagbaren Anspruch auf Entschädigung hat, ihm manchmal nicht einmal ein Rentenanspruch für die Zeit seines Sklavendaseins für die deutsche Vernichtungsindustrie zugebilligt wird, wird der politische Häftling doch noch entdeckt. Das ist so neu nun auch wieder nicht, denn auch heute wandert man noch ins Gefängnis, wenn man einen Wecker kauft, der als Zünder für einen Sprengsatz eingesetzt werden könnte, im allgemeinen jedoch die Leute frühmorgens aus den Betten läutet, auf daß sie pünktlich zur Arbeit erscheinen. Oder eine hochschwangere Frau, die in Erzwingungshaft kommt, da

sie sich weigert 150 DM zu bezahlen, nur weil sie sich vor einem Atomwaffenlager auf die Straße setzt.

Nein, solche Opfer politischer Justiz meint Klaus Kinkel nicht, wenn er von Haftentschädigung spricht. Er meint Gefangene der Ex-DDR. Deren Selbstorganisation nennt sich "Vereinigung der Opfer des Stalinismus", wobei dieser Name zumindest den Verdacht aufkommen läßt, daß hier nicht Fehlurteile der Justiz - die es unbestritten auch in der DDR gab - aufzuheben, sondern eher darum, ein ganzes System zu inkriminieren (welches erklärtermaßen mit Stalin nicht sonderlich viel am Hut hatte). Ein Opfer des "Stalinismus": in Dresden macht die

"Gorbitzer Kameradschaft", in die nur aufgenommen wird, wer schon mal "Ausländer aufgemischt" hat, von sich Reden. Der Mosambiquaner Jorge Gomondai wohnte in Gorbitz. Er war auf dem Heimweg, als ihn Skins aus der Strassenbahn in den Tod stießen. Einer der Gorbitzer Skins ist der 20-jährige Falco, der u.a. der Meinung ist, Ehen zwischen Ausländern und Deutschen seien "unverantwortlich gegenüber den Kindern" und diese dann von ihm oder seinen Kumpels mit großer Regelmässigkeit überfallen und verprügelt werden. Von 1988 bis 1990 saß er im Knast - nicht etwa weil der Richter erkannte, daß er eine menschenverachtende Gesin-

nung hat, die auch den rassistischen Mord nicht ausschließt. Die DDR-Richter befanden mit maßloser Verharmlosung auf "Rowdytum" und verknackten den Skin zu einer Gefängnisstrafe. Immerhin, er saß. In der neuen, großen BRD und von Herrn Kinkel wird dieses Urteil wohl kassiert werden: leider auch

noch zu Recht, womit sich die Realitätsferne der DDR-Justiz zum zweiten Mal rächt: Rowdys gehören im Gegensatz zu Faschisten nicht hinter Gitter sondern allenfalls - wollen wir das eklige Wort mal in die Feder nehmen - in eine Besserungsanstalt. Zwischen 300 und 600 DM für jeden Monat Haft wird Falco wohl

von Herrn Kinkel erwarten dürfen, insgesamt zwischen sieben- und vierzehntausend Mark an Steuergeldern. Wieviele Totschläger, Schlagringe, Baseballschläger, Pistolen oder Granaten bekommt er wohl dafür? Und - was macht er wohl damit, Herr Kinkel?

Alle Jahre wieder: Stoibers Verfassungsschutzbericht – der Feind steht links!

Die rassistischen Überfälle von Neonazibanden auf ausländische Mitbürger sind Stoiber keinerlei Erwähnung wert:

München, 8.7.91: Unteroffizier Johannes K. schießt auf eine Runde feiender Türken. Der 19-jährige Cüneyt M. schwebt daraufhin wochenlang in Lebensgefahr.

9.7.91: Freunde und Angehörige Cüneyt M.s verlangen von Bürgermeisterin Sabine Csampai, "etwas gegen Ausländerfeindlichkeit zu tun". Sie wollen, daß

der Überfall nicht als Einzelfall abgetan wird. Csampais Rezept gegen Ausländerfeindlichkeit: Schaffung einer Beauftragtenstelle für multikulturelle Angelegenheiten, die Urwahl des Ausländerbeirats, sowie ein sozialer und humaner Vollzug des Ausländerrechts (SZ, 30.7.91). Zum letzten Punkt erklärt die CSU, die diesbezüglich sicher mehr zu entscheiden hat, mit schöner Regelmässigkeit, daß das Ausländerrecht gar nicht inhuman genug gehandhabt werden kann. Die bei-

den anderen Vorschläge von Frau Csampai mögen die Rechte der Ausländer - wie mager auch immer - verbessern. Das durch "Multikultur" Ausländerfeindlichkeit bekämpft würde, ist zwar ein weitverbreiteter, jedoch keinesfalls ungefährlicher Trugschluß. Rassismus kann man nur bekämpfen, wenn die Menschen aus dem Ausland den Deutschen rechtlich und politisch gleichgestellt sind.



Demonstration gegen den Mordanschlag auf die türkischen Jugendlichen in München-Neuperlach

Gauweiler: Sein Wille geschehe ...

...auf dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen. Der sich zum evang.-luther. Glauben bekennende Gauweiler war kurz davor, von diesem abzufallen. Hatten sich doch einige evangelische Pfarrer, die im Widerstand gegen den Flughafen im Erdinger Moos ihre Erfahrungen mit dem Demokratieverständnis der CSU gemacht hatten, gegen eine Segnung des Bauwerkes durch ihre Kirche ausgesprochen. Gauweiler stürzte sich in den Glaubenskrieg: "Es fragt sich", so schrieb er an die Landesleitung der evangelischen Kirche, "ob einem solchen international bedeutenden Bauwerk; für dessen geregelten Betrieb tausende von Menschen verantwortlich ihre Arbeitskraft einsetzen und dem sich Millionen von Fluggästen anvertrauen, die Bitte um Gottes Schutz und Segen verwahrt werden soll!" Eine so gottesfürchtige Bitte kann man doch nicht abschlagen? Oder ging es vielleicht gar nicht um Gottes Schutz und Segen? Denn Gauweiler schreibt weiter: "Es fra-

ge sich, ob nicht bei jeder künftigen Einweihungshandlung eines öffentlichen Bauwerkes die politische Entscheidung der Kirche abzuwarten sein werde, ob dies ein segenswerteres oder segensunwertes Gebäude sein werde." Gauweilers Seele konnte gerettet werden! Die evangelische Kirche traf ihre Entscheidung im Sinne der CSU. Sie wird segnen! Hatte doch ihr Schäflein Gauweiler damit gedroht, daß "mit einer Ablehnung der Einweihung des Franz-Josef-Strauß-Flughafens sich die evangelische Landeskirche für alle zukünftigen Einweihungshandlungen an anderen öffentlichen Gebäuden unglaublich machen und diskreditieren würde" (Alle Zitate aus SZ, 15.7.91).

Männer für's Grobe!

In letzter Zeit nehmen Angriffe auf Ausländer massiv zu. Die Täter scheuen auch vor Morden nicht zurück. Politiker von CDU/CSU/FDP bishin zur SPD/GRÜNEN versuchen häufig, diese Verbrechen zu verharmlosen. Angeblich treibt die zunehmende Zahl von Ausländern in der BRD vorallem Jugendliche spontan zu solchen Gewalttaten. In ähnlicher Weise werden die Übergriffe auf Linke und ihre Einrichtungen oft als Rivalitäten zwischen Jugendbänden abgetan. Als Motive werden Existenzängste und Frustrationen genannt. Der faschistische Hintergrund dieser Anschläge wird ausgeklammert. Ein bürgerlicher Politiker, wie der Sprecher der sächsischen Landeregierung, Kinze (CDU), scheut sich auch nicht vor schlimmstem menscherverachtenden Zynismus, wenn es darum geht, den wahren Charakter dieser Terroranschläge zu vertuschen. Nach der Ermordung des Afri-

kaners Jorge Gomondai in Dresden durch faschistische Schläger, erklärte er, die Regierung von Sachsen werde sich bemühen, "gesunde, attraktive Alternativen für die Freizeitgestaltung zu finden"! (taz, 14.5.91).

Die Lektüre der Broschüre "Männer für's Grobe - der schlagende Arm der rechten Bewegung" zeigt schnell, daß es sich bei den faschistischen Anschlägen keineswegs um verfehlte Freizeitgestaltung handelt. Die Terrorakte werden von straff geführten Trupps aus dem Lager der faschistischen Organisationen durchgeführt. Deren Mitglieder werden zum einen durch Kampftraining zu brutalen Schlägern ausgebildet - zum anderen wird ihnen durch ideologische Schulung ein faschistisches Wegbild vermittelt. Die Broschüre gibt einen Überblick über die wichtigsten faschi-

tischen Organisationen, die bereits jetzt mit Terrormethoden arbeiten. Sie geht auf deren Praktiken und Ideologie ein und benennt die führenden Köpfe.

Stoiber observiert, Waigel kassiert

Ab sofort sind alle Ausgaben der PDS von der Treuhand zu genehmigen, ob in Kreisen, Ländern oder bundesweit, ob 1,- oder 10.000,- DM, ob aus Altvermögen oder Mitgliedsbeiträgen!

Die PDS soll auf kaltem Wege enteignet, ihre politische Arbeit verhindert werden. Soll z. B. ein Flugblatt gegen die Kahlschlagpolitik von der Treuhand selbst genehmigt werden?

Der 1. Juli steht bevor: Im Osten wird alles abgewickelt: Betriebe und Theater, Kindergärten und Hochschulen ... Weitere 100.000 werden in die Arbeitslosigkeit geschickt, alle werden zur Kasse gebeten. Mieten, Tarife steigen, Gesundheit wird teurer. Wir rufen schon heute zur öffentlichen Danksagung am 1. Juli, 18 Uhr, auf dem Alexanderplatz auf.

Da stört jede Stimme des Widerstandes!

Wer sich wehrt kommt auf die Liste - von Stoiber oder seines Parteivorsitzenden - des »Treuhand«-Ministers Waigel. Wehren wir uns gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, § 218 und gegen deutsche Truppen im Ausland. Wir lassen uns nicht bevormunden.

Kommt zur Kundgebung am Sonnabend, dem 29. Juni 1991, um 11 Uhr nach Berlin in den Lustgarten und danach zur Treuhand.



stischen Organisationen, die bereits jetzt mit Terrormethoden arbeiten. Sie geht auf deren Praktiken und Ideologie ein und benennt die führenden Köpfe.

Leider wird das Problem der Financiers, Hintermänner und Sympathisanten, die oft bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein stehen, nicht behandelt.

Die Broschüre ist als Begleitmaterial für eine Ausstellung über Faschismus gedacht. Für weitere Informationen und für Bestellungen ist Ansprechpartner:

AK Neofaschismus

PLK Nr. 050259D

8500 Nürnberg

(Bestellungen nur gegen Vorkasse:

4 DM zzgl. Versandkosten und Porto,

3 DM für Wiederverkäufer ab 10 Stück)

"Strauß deckt Faschisten"

oder wie die Ehre posthum der Staatskasse zur Last fiel

Im Juni 1981 hielten wir, Susanne Eichhorn (heute Cokgüngör) und Brigitte Renkl, dem Herrn Strauß, damals bayerischer Ministerpräsident, anlässlich eines Besuches in Regensburg ein Transparent entgegen, mit der Aufschrift: "Strauß deckt Faschisten". Die Erinnerung an das faschistische Attentat auf dem Oktoberfest war noch frisch und die Erklärungen noch nicht vergessen, die Strauß in der Öffentlichkeit abgegeben hatte zugunsten der Wehrsportgruppe Hoffmann, auf deren Verantwortung für das Massaker alle Spuren hinwiesen.

Unsere Personalien wurden festgestellt und das Transparent wurde von der Polizei verhaftet. Wir erhielten schließlich Strafbefehle. Die bayerische Justiz sah den Tatbestand der Beleidigung von Strauß als gegeben.

Das war 1981. Und 10 Jahre später:

Franz Strauß ist bald 3 Jahre tot. Uns hat es nach Berlin bzw. Stuttgart verschlagen. Aus der dank diesem Verfahren berufsverbotenen Lehrerin - die Regierung der Oberpfalz bescheinigte ihr mehrfach, zuletzt am 20.1.86, "mangelnde charakterliche Eignung" - ist die Sozialarbeiterin Susanne, aus der Hausfrau ist die Maschinenschlosserin Brigitte geworden.

Wir sind 10 Jahre älter geworden und zumindest in einem Punkt nicht "klüger". Wir halten daran fest, daß es in diesem Land die Gefahr von Faschismus und Krieg gibt und es gilt, den Abbau der Demokratie und das Großmachtstreben in der Tradition des deutschen Imperialismus organisiert zu bekämpfen.

10 Jahre dauerte es, bis wir "Recht" bekamen. Franz Strauß und sein Advokat Ossmann, schleiften uns durch alle gerichtlichen Instanzen, die dieses Land aufzubieten hat. Und wir schleiften die verletzte Ehre von Strauß mit.

Amtsgericht und Landgericht, Bayerisches Oberstes Landgericht, zurück zum Landgericht und von dort wieder zum Bayerischen Obersten Landgericht, das im November 1985 das Urteil des Landgerichtes vom November 1984 be-

stätigt. Wir waren damit verurteilt zu Geldstrafe, Kosten des Verfahrens, inklusive der Auslagen des Nebenklägervertreters Ossmann, der auch die vom Gericht bestätigte Kundmachung unserer Verdammung in der einschlägigen Presse verlangt hatte, was sich ohne weiteres zu zigttausenden von Mark summiert hätte. Für die Ehre des Franz Strauß war der finanzielle Ruin von uns beiden, unseren Partnern und Familienangehörigen billigend in Kauf zu nehmen.

In diesem Prozeß hatte der Staatsanwalt Jennerjahn zum letzten und schwächsten, aber im Nachfolgestaat des Dritten Reichs immer noch zulässigen und bewährten Mittel gegriffen: dem Gesinnungsbeweis. Wir seien Mitglieder des Anti-Strauß-Komitees. Wichtigster Zweck dieses Komitees sei die Schmäherung des bayerischen Ministerpräsidenten. Also erfülle die Aussage auf dem Transparent den Tatbestand der Beleidigung. Offenbar hatten wir so schlecht nicht gewirkt, daß der Herr Staatsanwalt zu diesem dreisten Hammer greifen mußte und die Klassenjustiz in ihrer Nacktheit offenbarte.

Gegen dieses Urteil legten wir im Januar 1986 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Am 19. April 1990 - Einigkeit und Recht und Freiheit hielten gerade stürmischen Einzug in die DDR - erging Urteil (1 BvR 40/86 und 1 BvR 42/86). Die fast fünf Jahre dauernde Inkubationszeit für ein Urteil schlägt, nach Aussage unserer Anwälte, alle Rekorde der Bundesrepublik. (Für den im Vergleich zu unserem Verfahren viel einschneidenderen Verbotsprozeß gegen die KPD 1956 genehmigte sich Karlsruhe keine 2 Jahre). Fünf Jahre, die das Landgericht Regensburg damit füllte, uns die Gerichtsvollzieher nachzuhetzen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erklärte bündig:

"Das Urteil des Landgerichtes Regensburg vom 6. November 1984 - 3 Ns Js 8133/81 a b - und der Beschluß des Bayerischen Obersten Landgerichtes

vom 29. November 1985 - RReg. 2 St 128/85 - verletzen die Beschwerdeführerinnen in ihren Grundrechten aus Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes."

Bis vor wenigen Wochen brütete dann die bayerische Justiz darüber, wie sie diese offensichtliche Mißachtung ihrer Rechtssprechung überwinden könne.

Nach 10 Jahren wird uns dann der lapidare Beschluß, von drei Richtern des Landgerichtes Regensburg unterzeichnet, mitgeteilt:

"Das Verfahren (wegen Beleidigung) wird gemäß 153, Abs. 2 StPO eingestellt. Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen der Angeklagten fallen gemäß 467, Abs. 1 StPO der Staatskasse zur Last."

Wir haben den Prozeß gewonnen. Und es ist eine unbestreitbare Freude, die Strauß so dienstfertige bayerische Justiz im Gewand der Verfassungsfeinde zu sehen. Es bereitet geradezu Vergnügen, die vielen tausend Mark, die schon im Schlund des Staates zu verschwinden drohten, gerettet zu sehen.

Im Gedächtnis passieren Revue die Roben, die mal feisten und rosigen Gesichter, mal die grauen und schmallippigen, der Ausdruck ihrer Augen, verschlagen und eifernd oder fischig-kalt, der sterbende Jesus über ihnen. Wie sie unsere Beweisanträge, die Gutachten (von den Professoren Kühnl und Stuby) zum Verhältnis Strauß und Faschisten, unsere Einlassungen, die Plädoyers unserer Anwälte von sich abtropfen ließen, das Urteil fest in der Tasche. Die Macht, Menschen vernichten zu können, ohne dafür Scham und Verantwortung empfinden zu müssen.

Was ist aus ihnen geworden? Sie sind in wohldotierter Pension oder befördert worden.

Wir haben einen Prozeß gewonnen. An der Maschinerie hat sich nichts geändert. Jeder Antifaschist oder Kriegsgegner vor Gericht weiß es. Und wer kann und will es sich schon leisten, so lange um das bißchen Recht zu streiten. Und so hervorragende Rechtsanwälte,

wie wir sie in Eberhard Kempf und Hans Lafontaine hatten, sind auch nicht stets verfügbar und wollen (und müssen unbedingt, damit sie vernünftig wirken können) bezahlt werden. Lohnt es wirklich, das Magendrücken Wochen vor dem Termin, die Anspannung im Prozeß, das Ertragen von Zurechtweisungen, das gelegentlich aufkommende Gefühl der Betäubung vor den unwirklich und fremd wirkenden Abläufen im Gericht. Ist es da nicht verlockender auf einen kleinen Kuhhandel einzugehen, eine kleine Geldstrafe zu kassieren und beim nächsten Mal vorsichtiger zu sein?

Wir haben diesen Prozeß gewonnen. Und wir hatten ihn schon lange vor dem Urteil aus Karlsruhe gewonnen, weil wir Solidarität über Parteigrenzen hinweg erfahren haben und sich Leute, die sonst tiefe Gräben trennt, diesmal gegen rechts zusammenfanden, um wenigstens das Recht zu verteidigen, das Offensichtliche auch aussprechen zu dürfen. Das hat uns genützt - und vielleicht auch ein wenig den Leuten. Es war wie im Märchen. Sagen dürfen: "Der Kaiser ist ja nackt!" Und wir sagten es relativ ausgiebig auf Veranstaltungen, in einer kleinen Broschüre, in Flugblättern. Hätten wir hartnäckig sein können, ohne unseren Spaß dabei gehabt zu haben? Und wir konnten es dank bundesweiter und örtlicher, moralischer und finanzieller Solidarität und der persönlichen und politischen Unterstützung durch unsere Organisation: das Anti-Strauß-Komitee.

Während wir einen Prozeß gewonnen haben, hat die Strauß-Politik weitergesiegt. Strauß-Politik steht für eine Politik, mit der die reaktionärsten Kreise des deutschen Finanzkapitals schon einmal die Welt beglückt hatten: Faschismus und Krieg, Abbau demokratischer Rechte, Ausbau und Formierung des staatlichen Unterdrückungsapparates, Militarisierung der Gesellschaft und Revanchismus sind ihre Kennzeichen. Sie rechnet damit, daß die bürgerliche Demokratie

und die relativ friedliche, d.h. nicht-militärische Durchdringung anderer Länder nicht ausreichen könnten, um den Expansionszwängen des deutschen Kapitals zu genügen. Diese Abenteuer-Politik hat zweifellos reiche Frucht getragen: von der Revision der Nachkriegsordnung, die mit dem Namen Jalta verknüpft ist, hat deutsches Kapital am meisten profitiert. Die Einverleibung der DDR brachte Bundeswehr an Oder und Neiße. Und die Regierungen der zerfallenden Länder Osteuropas öffnen die Tore weit für westliches, vor allem deutsches Kapital - mit unübersehbaren Folgen für diese Länder und das Gleichgewicht unter den Großmächten. Deutschland vom Stigma des Kriegsbrandstifters befreit, vom Trauma von Stalingrad, von Auschwitz beinahe freigesprochen, rüstet seine Soldaten für weltumspannende Schlachten.

Strauß selbst hat diese Politik seit seines Lebens begleitet, von der Wiederbewaffnung Westdeutschlands bis zur Aufstellung der Mittelstreckenraketen. Immer wieder sind er und diese Politik totgesagt worden. Immer wieder wurden Winkelzüge seiner Politik als bare Münze genommen: der scheinbare Rückzug des geschlagenen Kanzlerkandidaten auf den Posten eines bayerischen Ministerpräsidenten, wo er jedoch in der Larve des honorigen Landesvaters seinen Einfluß auf Bonn noch vergrößerte. Der Milliardenkredit an die DDR, der ihm als Einlenken auf Entspannungspolitik aus-

gelegt wurde, während doch die Abhängigkeit der DDR von westlichen Kapitalgebern damit endgültig besiegelt wurde und die Revision der Grenzen in den Bereich des Möglichen rückte.

Das Wort "Feind" ist außer Gebrauch gekommen. Aber der Kampf um Frieden und Demokratie wird nicht die geringste Chance haben, wenn wir nicht wieder Feinde erkennen, benennen und angreifen. Bei "Strauß deckt Faschisten" war so auch die Person Strauß gemeint, aber mehr noch der Feind in unseren Reihen: die Nachgiebigkeit, die Duldsamkeit und Großzügigkeit gegenüber den Feinden und das Vergessen ihrer begangenen Taten.

Die uns erwiesene finanzielle Solidarität wollen wir zurückerstatten: Zur Hälfte an die Nachfolgeorganisation des Anti-Strauß-Komitees, das "Antifaschistische Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung", zur Hälfte an die Solidaritätsbewegung mit dem kurdischen und türkischen Volk. Wir hoffen auf das Einverständnis der Spender. Die moralische und politische Solidarität hoffen wir zurückzugeben durch unseren Einsatz in den kommenden Kämpfen.

gez. Susanne Coküngör und Brigitte Renkl

Interessenten stellen wir gerne Materialien zum Prozeß zur Verfügung (gegen Erstattung der Kopierkosten).

4 Hefte im Abonnement		
Vorname	Name	
Straße/Nummer		PLZ/Ort
Datum/Unterschrift		
☐ DM 15.- für ein DID-Abo ☐ DM 30.- für ein DID-Förderabo ☐ DM ____ als DID-Spende ☐ wurden überwiesen ☐ liegen bei		
Postgiro München, A. Schorb, Nr.: 1308 56-804		
		Demokratischer Informationsdienst c/o Annette Schorb Kapuzinerstr. 52 8000 München 5



28.-31. Mai 1997



JUGSOZIALISTEN
KÖLN
KALK-HUMBOLDT-GREMBERG

NEIN ZUR
„BLAUHELM-
EINSTIEGS-
DROGE“ JuSOS

Ist der 1. Schritt
getan, endet es
im Größenwahn.
Jungsozialisten

NEIN zum
weltweiten
BW-Einsatz
JuSos in der SPD



NEIN ZUR
"BLAUHELM-
EINSTIEGS-
DROGE" *JuSOS* ↗

Ist der 1. Schritt
getan, endet es
im **Größenwahn.**
Jungsozialisten

NEIN zum
weltweiten
BW-Einsatz
JuSos in der SPD

SOZIALISTEN
KÖLN
KALK - HUMBOLDT - GRENIBERG



28.-31. Mai 1997